

aus  
politik  
und  
zeit  
geschichte

beilage  
zur  
wochen  
zeitung  
das parlament

Rolf Meyer  
Günter Handlögten  
Die Grünen vor der Wahl

Joachim Raschke  
Politik und Wertwandel  
in den westlichen Demokratien

ISSN 0479-611 X

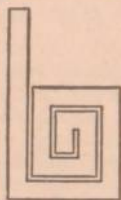
B 36/80  
6. September 1980

Rolf Meyer, Dr. rer. pol., Dipl.-Volkswirt, geb. 1940; Studium der Volkswirtschaft in Hamburg und Southampton; bis 1973 Dokumentationsjournalist im SPIEGEL-Verlag, anschließend Mitarbeiter am Forschungsprojekt „Sozio-ökonomische Konsequenzen der Entsorgungsprobleme einer Wirtschaftsregion“; Dissertation über die Sonderabfall-Entsorgungswirtschaft der Hamburger Wirtschaftsregion; beruflich tätig auf dem Entsorgungssektor; Mitglied des Rates einer niedersächsischen Kleinstadt und einer Samtgemeinde.

Günter Handlögten, geb. 1943; von 1965 bis 1979 bei verschiedenen Tageszeitungen und dem Hamburger Magazin STERN als Redakteur tätig; seither freier Journalist, der sich vor allem sozial- und gesellschaftspolitischen Themen widmet.

Joachim Raschke, Dr. phil., geb. 1938; Diplom-Politologe, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Hamburg.

Veröffentlichungen u. a.: Organisierter Konflikt in westeuropäischen Parteien, Opladen 1977; Die politischen Parteien in Westeuropa (Hrsg.), Reinbek 1978; Protest. Grüne, Bunte und Steuerrebell. Ursachen und Perspektiven, zus. mit Murphy, Rubart, Müller, Reinbek 1979.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung,  
Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn/Rhein.

Leitender Redakteur: Dr. Enno Bartels. Redaktionsmitglieder: Paul  
Lang, Dr. Gerd Renken, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleisch-  
str. 61—65, 5500 Trier, Tel. 0651/46171, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 12,60 vierteljährlich (einschließlich DM 0,72 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

## Die Grünen vor der Wahl

### Einleitung

Der Schriftsteller und frühere SPD-Wahlhelfer Günter Grass reagierte Anfang 1978 spöttisch, als er nach der neuen Protestbewegung gefragt wurde: „Aus Rot und Schwarz wird noch lange nicht Grün“ (Süddt. Ztg., 17. 5. 1978). Auch auf dem Berliner SPD-Parteitag im Dezember 1979 wurde noch über „das Häufchen Sektierer, das Körnerfutter unter die Leute bringen will“, gespottet (Stern, 27. 3. 1980). Doch spätestens seit der Landtagswahl in Baden-Württemberg im März 1980 beobachten die etablierten Parteien CDU, CSU, SPD und FDP mit wachsendem Interesse, was sich bei dem bunt zusammengewürfelten Haufen, der sich „Die Grünen“ nennt, tut. Naturschützer und Atomkraftgegner, Heimatverbundene und linke Internationalisten sitzen mittlerweile unter neuer Flagge in etlichen Bezirks-, Kreis- und Stadtparlamenten. In Bremen und Baden-Württemberg bestimmen sie sogar landesweit mit. „Wie ein Magnet“, so interpretierte im März 1980 das Hamburger Magazin „Stern“, „ziehen sie vor allem jüngere Wähler an und obendrein die vielen freischwebenden Linken, die sich weder von den Bundestagsparteien noch von den K-Gruppen oder der DKP vertreten fühlen“ (Stern, 27. 3. 1980).

Daß sich einstige SPD-Genossen wie die „grünen Bremer Abgeordneten Olaf Dinné und Peter Willers oder der baden-württembergische Spitzen-Grüne Wolf-Dieter Hasenclever mit dem DDR-Kritiker Rudolf Bahro und dem Ex-Funktionär des Kommunistischen Bundes (KB), Jürgen Reents, und konservativen Grünen wie dem schleswig-holsteinischen Ökobauren Baldur Springmann oder dem ehemaligen CDU-Abgeordneten Herbert Gruhl zusammengenommen haben, führt die „Neue Zürcher Zeitung“ (NZZ) auf einen „inneren“ Bewußtseinswandel zurück, der die heutige Krise der bundesrepublikanischen Linken beeinflusst, nämlich „die (sich) in den letzten Jahren ... zu-

nehmend ausbreitenden Zweifel am Sinn des technischen und materiellen Fortschritts, verbunden mit einem neu erwachten Unbehagen an einer überdimensionierten, verbürokratisierten Sozialbetreuung im modernen Wohlfahrtsstaat“ (NZZ, Fernausgabe Nr. 102 v. 4./ 5. Mai 1980, S. 5).

Verstärkte Besinnung auf die Natur, Umweltschutzengagement, Bewahrung von historisch Gewachsenem, Rückkehr zu kleineren, überschaubaren Einheiten („small is beautiful“) im sozialen und ökonomischen Bereich — das sind, so die NZZ, wesentliche Leitthemen der gesellschaftspolitischen Diskussion gerade auch in den „progressiven“ Kreisen.

Zwar sahen sich auch in der Vergangenheit etablierte politische Vertreter veranlaßt, den Umweltschutz verstärkt zu propagieren. Was aber in der Praxis geschah, offenbarte nicht selten Widersprüche und Halbherzigkeiten. Zunehmend verursachten Planungen das enttäuschende Gefühl, der einzelne Bürger stehe mit seinem Traum von einer heilen Umwelt bloßen Lippenbekenntnissen einer repräsentativen Demokratie gegenüber, in der ein Zusammenhang zwischen Stimmabgabe und Durchsetzung eigener Anliegen nicht mehr bestehe. Das rief Bürgerinitiativen auf den Plan. Inzwischen sind mehr als fünf Millionen Bundesbürger in Umweltschutzgruppierungen organisiert (vgl. Harry Tallert, Protest als Programm, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 26/80, S. 19, Fußnote 8).

Für das bislang scheinbar festgefügte Parteiensystem wird eine durchaus kritische Masse sichtbar. Kritisch deswegen, weil hier die Blockade des bislang üblichen und im herkömmlichen politischen Weltbild unabdingbaren Wachstums beginnt. Ubereinstimmendes Merkmal der parlamentarisch eingeführten Parteien ist ihre ökonomische Grundhaltung.

Es geht ihnen um Zuwachs und Verteilung materieller Güter. Sobald der Umweltschutz mit dieser Zielsetzung in Konflikt gerät, wird seine konsequente Durchsetzung für sie hochproblematisch. Allzusehr drängt sich die Assoziation Umweltschutz — ökologisches Prinzip — Konsumverzicht auf, die sich als Sand im Getriebe der gesellschaftlichen Wohlstandsproduktion erweisen muß. Ob punktuelle Protestaktionen gegen Atomkraft, Autobahnen, Lärm und Landschaftszerstörung jedoch gleichzusetzen sind mit einer Bereitschaft der Initiativ-Bürger, ihre Konsumgewohnheiten konsequent in Frage zu stellen, das darf bezweifelt werden. Nicht selten handelt es sich um Bezieher mittlerer und höherer Einkommen, denen es um nichts mehr geht als darum, lästige Erscheinungen vor der Tür des Eigenheims zu bekämpfen.

Sobald der Umweltschutz sich nämlich parteipolitisch organisiert und damit gesellschaftliche Folgen verknüpft werden, läßt besonders unter Angehörigen der Oberschicht das Engagement nach, wie eine Umfrage von Rudolf Wildenmann für die Zeitschrift „Capital“ gezeigt hat. Wem der sichere soziale Status erlaubt, ins Grüne zu ziehen, der braucht die Grünen weniger als derjenige, der zwischen Wohnblock und Fließband pendelt. In Zahlen: Nur 8,3 % der Oberschicht, aber immerhin 30,1 % der befragten Arbeiter bekundeten ihre Bereitschaft, eine Umweltpartei zu wählen (nach: Psychologie heute, Nov. 1978). Allerdings: Bei eben dieser Umfrage im Jahre 1978 zeigte sich, daß viele der Beteiligten ihrer eigenen Courage nicht trauten. Hätten sie schon am darauffolgenden Sonntag ihr Kreuz zu einer Bundestagswahl machen müssen, so wären 98 % aller Stimmen den Altparteien zu gefallen.

Auch aus einem anderen Grund muß bezweifelt werden, daß die Grünen bei einer Bundestagswahl ebenso erfolgreich abschneiden wie bei Kommunal- und Landtagswahlen. Denn zum bundesweiten Auftreten gehört eine straffe Organisation und ein für alle Grünen verbindliches Parteiprogramm. „Damit aber riskieren sie, das zu verlieren, was sie für die Wähler attraktiv macht — die Möglichkeit der direkten Beteiligung und Mitentscheidung ohne zwischengeschaltete, schwerfällige, bürokratische Instanzen. Der durch Bürgerini-

tiativen geprägte Charakter der grünen Bewegung ginge verloren.“ (Stern, 27. 3. 1980 S. 30 f.)

Schon auf Rathausebene haben gewählte Grüne Probleme, diesen Charakter zu erhalten. Im schleswig-holsteinischen Wilster beispielsweise mußten sie sich in der Lokalzeitung vorhalten lassen, nichts gegen eine geplante Mülldeponie nahe dem Atomkraftwerk Brunsbüttel getan und den Kontakt mit der Bevölkerung nicht genügend gepflegt zu haben. Frage zweier Leser: „Grüne — seid Ihr schon ‚etabliert?‘“ (Wilstersche Zeitung, 24. 5. 1980).

In Erlangen zog der Stadtrat Wolfgang Lederer (Grüne Liste) nur eine dürftige Bilanz: „Meine Funktion als Zünglein an der Waage konnte ich bisher nur einmal ‚ausnützen‘, als ich mit der SPD einen zusätzlichen CSU-Bürgermeister — der immerhin 3 000 Mark im Monat einstecken würde — ablehnte“ (Wolfgang Lederer, Stadtrat sein, das ist fein ... in: Grüne/Bunte Listen: Höhenflug mit Bauchlandung?, Frankfurt 1978; im folgenden kurz: „Höhenflug“).

Ebenso wie die vier Grünen im Bremer Landtag, die sich erschüttert zeigten über die „Uninformiertheit der meisten Abgeordneten auf den Gebieten der Ökologie und Atomenergie“ („Die wissen genau, wie oft wir im Recht sind“, Frankfurter Rundschau, 21. März 1980), beklagte sich Wolfgang Lederer: „Parlamentarier beraten und beschließen über Angelegenheiten, von denen sie weder betroffen sind noch von denen sie Ahnung haben, und stellen — meist mit Hilfe der Verwaltung — auch gegen geäußerte Proteste und Interessen das städtische Gesamtinteresse her“ („Höhenflug“, a. a. O., S. 65).

Erfolge wie sie die Bielefelder Bunten erlangten, als sie den Haushaltsplan der Stadt erst mit ihren Stimmen passieren ließen, nachdem drei Millionen Mark — statt für Stadtsanierung und Straßenbau — für Fahrradwege, für mehr Personal in den städtischen Jugendzentren und für das Frauenhaus ausgegeben werden, blieben die Ausnahme. Der Bremer Olaf Dinné sagte nach fünf Monaten Landtagsarbeit: „Der parlamentarische Alltag ist noch ernüchternder, als wir gedacht haben“, und: „Unsere Anträge werden oft einfach deshalb abge-

schmettert, weil sie von uns kommen" (Hannoversche Allgemeine Zeitung, 22. 3. 1980).

Doch Not macht erfinderisch: Die Hausfrau Heide von Bernstorff, die im Oktober 1977 als erste deutsche „Anti-Atomkraft-Abgeordnete“ in den Kreistag des niedersächsischen Hameln-Pyrmont gewählt wurde, wollte keine Abstimmungsniederlage erleiden, als sie und ihre Anhänger ein Behinderten-Auto auf Kreiskosten forderten. Sie erschien mit vier Rollstuhlfahrern auf einer Sozialausschußsitzung. Die Abgeordneten mußten die Besucher in den dritten Stock des Kreishauses tragen — und das Spezialfahrzeug wurde bestellt (Stern, a. a. O.; siehe auch „Höhenflug“, a. a. O., S. 83—90).

Die Wählergemeinschaft um Heide von Bernstorff gehört zu den Gruppierungen, die einer bundesweiten Grünen Partei skeptisch gegenüberstehen und bei der Bundestagswahl zur „kritischen Wahl der SPD“ aufrufen wollen. Bedenken äußerten auch eher konservative Grüne wie beispielsweise der Kreisverband Dithmarschen der Grünen Liste Schleswig-Holstein. Ihren Sprecher Hans-Joachim Schlage haben die ermüdenden Geschäftsordnungsdebatten und endlosen Streitigkeiten auf den Bundeskonferenzen enttäuscht: „Wir wollen uns daher in Zukunft darauf beschränken, mehr Umweltbewußtsein in unserer Region zu wecken. Wir werden die Grünen zwar wählen, aber nicht aktiv im Bundestagswahlkampf unterstützen.“

Schon der Saarbrücker Programmkongreß im März 1980 geriet zu einer Zerreißprobe zwischen der Linken von den Bunten und Alternativen Listen und den konservativeren Teilen. Herbert Gruhl bewertete die Geschehnisse in Saarbrücken so: „Der ... Verlauf dieses Tages hat gezeigt, daß hier eine beträchtliche Polarisierung innerhalb unserer noch sehr jungen Partei vorhanden ist. Ich sehe diese Polarisierung gar nicht als so sehr eine Polarisierung zwischen Links und Rechts ... , sondern es ist eine Polarisierung anderer Art ...“ Und hinweisend auf die Gedanken, die Erich Fromm in

Daß die Grünen nach ihrer Profilierung vor Ort auch bundesweit in Gleichschritt kommen, muß bezweifelt werden. Kaum hatten sie auf dem Bundeskongreß im Juni 1980 in Dortmund die Teilnahme an der Bundestagswahl beschlossen, da kündigte ein Teil der Delegierten die Gefolgschaft auf. Grund: Bei der Vorstandswahl hatte sich der Nürnberger Ingenieur und Gewerkschafter Dieter Burgmann, der vor allem vom linken Flügel der Partei unterstützt wurde, knapp gegen Herbert Gruhl durchgesetzt. Es ging um das Amt eines von drei gleichberechtigten Vorsitzenden. Es war frei geworden, nachdem der frühere Vorsitzende der aufgelösten Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD), August Haußleiter, nach Angriffen wegen seiner politischen Vergangenheit zurückgetreten war.

Knapp ein Jahr vor dem Eklat hatte August Haußleiter noch die Meinung geäußert, daß die Grünen als selbständige politische Kraft zu einem dauerhaften Faktor in der Bundesrepublik werden könnten. In einem Interview prognostizierte er: „Ich bin der festen Überzeugung, daß im Jahre 1995 die grüne und alternative Bewegung die absolute Mehrheit im Lande haben wird, und sich dann in einen linken sozialistischen, in einen gemäßigten Mittelflügel und in einen konservativen Flügel aufspalten wird.“ (Zitiert in: Perspektiven der Grünen, Bunten und Alternativen, hrsg. von der Alternativen Liste für Demokratie und Umweltschutz, Berlin, o. J., S. 97; im folgenden kurz „Perspektiven“.)

## Zerreißprobe in Saarbrücken

seinem Buch „Haben oder Sein“ zu den zwei grundverschiedenen Existenzmöglichkeiten des Menschen dargelegt hat, sagte Gruhl zu den Parteitagsdelegierten: „Nun, liebe Freunde, das Sie heute morgen hier am laufenden Band beschlossen haben, ist bestimmt worden vom Modus des Habens. Jawohl, Sie führen in dem Programm, besonders im Wirtschaftsteil, der Öffentlichkeit vor, was alles getan werden müsse, um eine in etwa heile Welt — vielleicht vergleichbar, was man früher im Märchen das Schlaraffenland nannte — zu schaffen. Und dies auf eine Weise, die ausgeht weit-

gehend vom technokratischen Denken, wie es diese Welt bisher beherrscht hat und immer noch beherrscht ... Aber was als Programm hier herauskommt, ist ein Wettbewerb mit Versprechungen, ein Wettbewerb, wie es die alten Parteien viel besser beherrschen ... Ich kann und muß noch einmal den Hinweis geben: Es geht nicht um Links oder Rechts, sondern zu welcher Seinsweise wir uns entschlossen haben. Und die Seinsweise des Seins ist hier noch nicht genügend vertreten in diesem Saal" (Herbert Gruhl: Persönliche Erklärung auf dem Parteitag der GRÜNEN in Saarbrücken am 23. März 1980, beigelegt dem Grüne-Aktion-Zukunft-Rundschreiben Nr. 10 v. 31. März 1980).

Der „Grünen“-Gründer Gruhl zog ebenso wie der volkstümliche Bio-Bauer Baldur Springmann seine Kandidatur zum Vorstand zurück. Nur mühsam konnte ein Bruch verhindert werden, den eine „Gruppe Gewaltfreie Ökologie“ unter Führung von Baldur Springmann riskiert hatte. Sie setzte „zum Sturm“ auf das Rednerpodium an. Hauptargument: Es sei jetzt höchste Zeit, daß die Versammlung zu ihren Grundsätzen zurückfinde, auch zu einer „Politik des Lebensschutzes“ als ihrem ursprünglichen Hauptanliegen (Frankf. Rundsch., 24. 3. 1980). Diese „grünen Grünen“ fühlten sich von „linken Eindringlingen“ bevormundet, die den Schwerpunkt auf Gesellschaftspolitik statt auf ökologische Probleme legten. Das spiegelte sich auch im Bundesprogramm wider, in dem „Umwelt und Natur“ nur sechs von etwa 43 Seiten einnehmen.

Zu gleichberechtigten Vorsitzenden der etwa 15 000 westdeutschen Grünen wurden in Saarbrücken August Haußleiter, Petra Kelly und Norbert Mann gewählt. Dem fünfköpfigen Geschäftsführenden Bundesvorstand gehörten noch Grete Thomas und Rolf Stolz an. Zur Kritik am Vorstand und der Forderung, er möge sich zwischen Saarbrücken und der Bundesversammlung in Dortmund nur als kommissarischer Vorstand verstehen, gingen die fünf Betroffenen in einem Papier „Zum Selbstverständnis des Geschäftsführenden Bundesvorstandes“ ein. Dieses Papier weist auf einige grundsätzliche Probleme bei der Zusammenarbeit grüner Gruppen hin: „Der Geschäftsführende Bundesvorstand ist in Saarbrücken in einer Zusammensetzung gewählt worden, die

dem realen Spektrum der GRÜNEN entspricht und auch die Vorläuferorganisationen berücksichtigt. A. Haußleiter kommt aus der AUD, N. Mann und G. Thomas aus der GLU (NRW bzw. Niedersachsen), P. Kelly und R. Stolz sind als freie Grüne 1979 zur SPV (der ‚Sonstigen Politischen Vereinigung‘ DIE GRÜNEN, R. M.) gestoßen ... Wir (verstehen) uns weder als frei über der Basis schwebende Funktionäre und Sachwalter des Apparats noch als lediglich ausführende Organe des Kreis- oder Landesverbandes, aus dem wir kommen. Die ständige Rückkopplung und Kritik gerade von denen, mit denen man täglich vor Ort zusammenarbeitet, ist unerlässlich, aber sie setzt zugleich das Bewußtsein voraus, daß der Bundesvorstand ein Mandat der Gesamtorganisation und eine Verantwortung ihr gegenüber besitzt. Nur aus dieser Unabhängigkeit gegenüber Sonderinteressen heraus wird es möglich sein, einen Ausgleich zwischen den Belangen und Wünschen der verschiedenen Landesverbände, Arbeitsgemeinschaften, politischen Richtungen usw. zu schaffen. Ohne diesen ständigen Ausgleich wird es immer wieder zu Majorisierung, Vorherrschaft der jeweils Stärkeren, zentrifugalen Tendenzen und zur Gefahr einer Spaltung kommen.“

Kritisch zur Arbeit der Bundesprogrammkommission (PK), die das Saarbrücker Programm vorbereitete, äußerte sich die Vertreterin der GAZ (Grüne Aktion Zukunft) in dieser Kommission, Marie-Luise Taute, Tübingen. Das taktische Vorgehen der verschiedenen Gruppierungen in der PK — der anfangs im wesentlichen nur Vertreter der AUD (Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher), der GAZ (Grüne Aktion Zukunft), der GLSH (Grüne Liste Schleswig-Holstein) und der GLU (Grüne Liste Umweltschutz) angehörten — sieht sie so: „Anstatt auftragsgemäß mit der Programmarbeit zu beginnen, wurden die ersten beiden Termine der PK darauf verwandt, Kontaktgespräche mit Bunten und Alternativen zu führen, die in großer Zahl (bis zu 60) aus Berlin, Hamburg, Hessen und NRW nach Bonn angereist waren. Bei diesen Gesprächen kam mit großer Deutlichkeit zum Ausdruck: das Hauptanliegen der Bunten ist eine linke Gesellschaftspolitik einschließlich gewerkschaftlicher Forderungen wie die 35-

Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich. Sie betrachten alle politischen Probleme, insbesondere auch die ökologischen Probleme, aus der Sicht des Klassenkampfes. — Bei der ersten Sitzung, in der die eigentliche PK in der oben bezeichneten Zusammensetzung tagte, ging es nun darum, ob man den Bunten Sitz und Stimme in der PK einräumen solle. An Warnungen hat es nicht gefehlt, wie etwa die Spannweite der GRÜNEN sei bereits so groß, daß es auch ohne die Bunten schwer genug sein werde, sich auf ein gemeinsames Programm zu einigen. Erst sei die Gründung durchzuziehen, ein klares programmatisches Profil zu erarbeiten. Dann erst könne man sich nach weiteren Bündnispartnern umsehen. Solchen Warnungen zum Trotz beschloß die PK mit nur einer einzigen Gegenstimme, Vertreter der Bunten aufzunehmen."

In der nächsten Sitzung, in der die Präambel diskutiert werden sollte, erschienen als Vertreter der Bunten die Alternative Liste Berlin (AL), die Grüne Liste Hessen (GLH), die Bunte Liste Hamburg (BuLi) und die Bunten NRW (später statt ihrer die Gruppe „Grüne NRW“).

„Die Bunten und die GLU-Leute arbeiteten eng zusammen, brachten teilweise gleichlautende Formulierungen ein, mit dem eindeutigen

Ziel, einen linkslastigen Programmentwurf durchzusetzen. Sie wurden in allen wesentlichen Fragen von den AUD-Leuten voll unterstützt. Demgegenüber vertraten die GAZ- und GLSH-Leute gemäßigte Positionen, neigten aber dazu, nicht als Block, sondern eher als Einzelkämpfer aufzutreten. Dies und die Tatsache, daß sich die Mehrheitsverhältnisse durch das Hinzukommen der Bunten ohnedies stark zugunsten der Linken verschoben hatten (9 bis 10 Linke gegenüber 5 Gemäßigten), führte dazu, daß man sich bald gar keine große Mühe mehr gab, einen echten Konsens zu erarbeiten, sondern sich über die Forderungen der Gemäßigten einfach hinwegsetzte und die Entwürfe der Linken zum Programm erklärte ... Das Fazit aus dieser Verhandlungsrunde kann nicht nur Kritik an den skrupellosen und jeder partnerschaftlichen Fairness entbehrenden Methoden der Linken enthalten. Es muß auch festgestellt werden, daß eine gemäßigte Fraktion, die nicht bereit ist, solidarisch für ihre Ziele zu kämpfen, unterliegen mußte.“ (Marie-Luise Taute, Wie konnte es zu dem Programm-Desaster in Saarbrücken kommen?, in: agöp-informationen, Mitteilungen der Arbeitsgemeinschaft ökologische Politik bei den Grünen, Ausgabe Nr. 1 v. 15. Mai 1980, S. 8 ff.)

## Wahlplattform in Dortmund

Die Kontroversen um das Saarbrücker Programm hielten an. Für den amtierenden Bundesvorstand hatte Petra Karin Kelly auf der Bundesversammlung der Grünen im Juni 1980 in der Dortmunder Westfalenhalle erklärt: „Der Bundesvorstand spricht sich deutlich für das Saarbrücker Programm aus und hat es auch im Sinne einer jetzigen politischen Bestandsaufnahme oder als Protokoll der gegenwärtigen Programmdiskussionen bei der Mehrheit der GRÜNEN und in der Öffentlichkeit verteidigt. Dieses Programm ist aber keine Endstation, sondern es soll weiter entwickelt werden. Die differenzierte Diskussion über das Saarbrücker Programm wird weiter geführt werden müssen — auch nach der Bundestagswahl.“ (Rechenschaftsbericht des Bundesvorstandes, vorgetragen von P. K. Kelly, 21. Juni 1980, Manuskript)

Unbeschadet der Auseinandersetzungen einigten sich die Delegierten in Dortmund auf eine gemeinsame Wahlplattform, die den Zusammenhalt der Partei sichern sollte und die „nahezu einmütig verabschiedet“ wurde, außerdem über die Beschlußfassung zur Teilnahme an der Bundestagswahl. Von über 800 Delegierten stimmten nur 22 mit „Nein“. Und doch konnte nach Dortmund von einem Bruch bei den Grünen gesprochen werden: „Die Spaltung der Grünen Partei in der Bundesrepublik ... ist zwar in den letzten Monaten oft vorausgesagt worden, und immer wieder konnte der Vollzug in letzter Minute mit eilig gezimmernten Kompromissen verhindert werden. Nach dem Dortmunder Parteitag ... dürfte der offene Bruch in der grünen Bewegung nun aber schwerlich mehr zu überkleistern sein. Zuerst sah es auf der Dortmunder ‚Basisversammlung‘

... nach verstärkter Geschlossenheit zumindest über das weitere taktische Vorgehen (Wahlplattform, Bundestagswahl, R. M.) aus ... Der eigentliche Eklat passierte erst gegen Ende der Veranstaltung, als ... Herbert Gruhl mit seiner Kandidatur für den Bundesvorstand überraschend gegen einen wenig bekannten Gewerkschafter unterlag, der vor allem von den linken Gruppen unterstützt wurde ... Die Niederlage Gruhls, der Leitfigur für die ‚Original-Grünen‘, brachte bei den gemäßigten Strömungen innerhalb der Bewegung das Faß des Unmuts über die zunehmende taktische Majorisierung durch dezidiert linke Kadergruppen und ihre sektiererischen Mitläufer zum überlaufen.“ (Neue Zürcher Zeitung, Fernausgabe Nr. 144 v. 25. Juni 1980)

Mit Gruhl gingen in Dortmund zwei weitere Galionsfiguren der Grünen unter — August Haußleiter und Baldur Springmann. August Haußleiter, der seine „Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher“ (AUD) in die grüne Bewegung eingebracht hatte, trat von seinem Vorstandsamt zurück, weil „ihm vorgeworfen worden (war), in der Vergangenheit mit rechts-extremistischen Gruppen paktiert und deren Ziele unterstützt zu haben“ (Frankf. Rundsch. Nr. 142 v. 23. 6. 1980, S. 1). Seine Rede, in der er den Rücktritt erklärte, war einer der Höhepunkte der Dortmunder Bundesversammlung. „Vorbildlich im Vergleich zu den ‚etablierten‘ Parteien, meinte ein Redner, sei das Verhalten Haußleiters gewesen, denn dort gäbe es Politiker, die haben noch ganz andere Sachen gemacht und sich nicht davon distanzieren.“ (Frankf. Rundschau, a. a. O., S. 4)

Baldur Springmann, Wortführer der schleswig-holsteinischen Ökologen, gab wenige Tage nach Dortmund sein Parteibuch ab. Begründung: Die Partei sei nicht bereit, ein eindeutiges Bekenntnis zur „absoluten Priorität“ der ökologischen Bewegung abzulegen. Annähernd 150 Gesinnungsfreunde Springmanns schlossen sich diesem Schritt an. Die im nördlichen Bundesland noch fortbestehende „Grüne Liste Schleswig-Holstein“ (GLSH) beschloß auf einer außerordentlichen Landesversammlung, nicht mit dem Landesverband der Grünen zu fusionieren. Getreu dem Motto: „Lieber kleiner und überzeugt ökologisch grün — als zu bunt und pluralistisch“ will sie zu nächst allein weitermachen.

Der zeitweilige kommissarische Bundesvorsitzende der Grünen, Herbert Gruhl, nahm seine Niederlage bei den Vorstandswahlen gegen den neuen Bundesvorsitzenden Dieter Burgmann zum Anlaß, mitsamt seiner Partei „Grüne Aktion Zukunft“ auf Distanz zu dem größeren Verband zu gehen. Sowohl Gruhl als auch Springmann kritisierten die in dem Saarbrücker Programm enthaltenen „anti-ökologischen Wirtschaftsforderungen“. Gruhl machte in einem Gespräch mit der „Frankfurter Rundschau“ (Ausgabe v. 1. 7. 1980) seine weitere Mitarbeit in der Umweltschutzpartei von der künftigen Meinungsbildung in den Landesverbänden abhängig: „Mir geht es darum, daß das in Saarbrücken beschlossene Programm außer Kraft gesetzt wird.“ Angebote der Grünen in Niedersachsen und Baden-Württemberg, auf Platz eins ihrer Landeslisten für den Bundestag zu kandidieren, lehnte Gruhl ab.

Gruhl nahm zu den „inhaltlichen Kontroversen, die in Dortmund nicht überbrückt werden konnten“, und zu seiner mißglückten Vorstandskandidatur in einem Rundschreiben Stellung. Er bedauerte, daß die Wahlplattform durch einige Anträge „in Richtung auf das Saarbrücker Programm“ verschoben worden sei: „Von Stunde zu Stunde wurde deutlicher, daß die Mehrheit der Delegierten nicht bereit war, das Saarbrücker Programm zurückzustellen, daß im Gegenteil einige Landesverbände vorwiegend damit in die Bundestagswahl gehen wollen. Dagegen hatten Anträge der Bremer Grünen und unseres Freundes Baldur Springmann auf eindeutige Positionsbestimmung keine Chance ... Meine Kandidatur war ein verzweifelter Versuch, im letzten Moment festzustellen, ob wenigstens über 50 % der Delegierten bereit seien, unsere Richtung wenigstens durch einen von drei Vorsitzenden vertreten zu lassen. Ich bin froh, auch diesen Test noch gemacht und ein deutliches Ergebnis erhalten zu haben. Die zweimalige gleiche Stimmzahl ist ein zusätzlicher Beweis über die Starrheit der Blöcke, die sich innerhalb der Partei gegenüberstehen. Im jetzigen Vorstand ist kein einziges GAZ-Mitglied zu finden. Manche Zuschriften gehen nun von der falschen Annahme aus, ich sei über meine Nichtwahl enttäuscht. Ich kann nur sagen, daß ich vom persönlichen Standpunkt aus die Nichtwahl begrüße; denn sie befreit mich von auf-



reibenden Verpflichtungen in einer aussichtslosen Lage der jetzigen Partei DIE GRÜNEN." (GAZ-Bundesvorstand, Rundschreiben Nr. 13 v. 7. Juli 1980)

Vorläufiger Schlußpunkt der Auseinandersetzungen innerhalb der Grünen, zumindest bis zur Bundestagswahl, bildete die Gründung der „Grünen Föderation“ Mitte Juli 1980 in Hannover. Sie will „Auffangbecken für alle diejenigen sein, die bei der Bundespartei der Grünen die Lust verloren haben“ (Stuttgarter Ztg., 22. 7. 1980). Ziel des zunächst lockeren Zusammenschlusses ist es, „eine gemeinsame Position für alle diejenigen aufzubauen, die echte ökologische Ziele politisch vertreten haben wollen“.

Gebildet wurde die „Grüne Föderation“ von der Grünen Aktion Zukunft, der Grünen Liste Schleswig-Holstein, der Bremer Grünen Liste und der Arbeitsgemeinschaft Ökologische Politik (Presseerklärung, Bonn, 16. Juli 1980). Etwa 3 000 Umweltschützer zählen damit zur „Grünen Föderation“.

Zu den in Dortmund anstehenden wichtigsten Entscheidungen — die Teilnahme an den Bundestagswahlen und eine möglichst von vielen vertretbare Wahlplattform — hatten bereits im Vorfeld verschiedene Gruppierungen der Grünen ihre Positionen abgesteckt oder Mitglieder in Einzelbetrachtungen ihren Standpunkt dargelegt.

In Sorge um die zukünftige Entwicklung der Grünen war im Mai 1980 eine „Erklärung zur Lage der Grünen“ veröffentlicht worden:

„Wir, die Unterzeichner, sind der Auffassung, daß die grundsätzlichen Positionen ökologischer Politik bei den Grünen in der letzten Zeit nicht deutlich genug vertreten worden sind. Die Wahlergebnisse in Nordrhein-Westfalen (am 11. Mai 1980 erhielten die Grünen bei den Landtagswahlen 3% der Stimmen, R.M.) haben das sehr deutlich gezeigt. Eine grüne Teilnahme an der Bundestagswahl halten wir nur für sinnvoll, wenn es gelingt:

1. Eine Bundestags-Wahlplattform mit ökologischem Schwerpunkt zu verabschieden.
2. Die umstrittenen Teile des (Saarbrücker, R.M.) Bundesprogramms (Wirtschaft und Arbeitswelt, Mensch und Gesellschaft) zur

Diskussion an die Basis bis nach den Bundestagswahlen zurückzuverweisen.

3. Daß die Grünen ihre Stellung als Friedenspartei gerade in der jetzigen Weltlage verdeutlichen und sich in ihrem Bekenntnis zur Gewaltfreiheit nachdrücklich von kommunistischer, kapitalistischer und faschistischer Politik distanzieren.

Die jüngsten Wahlergebnisse entsprechen nicht den tatsächlichen Sympathien für die Grünen in der Bevölkerung. Die Grünen bilden nach wie vor die einzige grundsätzliche Alternative zur lebensfeindlichen Politik der etablierten Parteien. Die Grünen haben jetzt die Verpflichtung, die Hoffnungen eines großen Teils der Bevölkerung nicht zu enttäuschen und im Sinne dieser Forderung zu handeln, um die Einheit der ökologischen Bewegung zu erhalten.“

Unterzeichnet war die Erklärung u. a. von Carl Amery, Joseph Beuys, Heinz Brandt, Olaf Diné, O. K. Flechtheim, Herbert Gruhl, W. Heidt, Willy Hoss, Jürgen Marquardt, Baldur Springmann, Holger Strohm und Jörg Zink.

Punkt 1 und 2 der Erklärung decken sich wörtlich mit dem Beschluß des Bundesparteitages der GAZ (Grüne Aktion Zukunft) vom 15. Mai 1980 in Hannover, sich nur dann aufzulösen, wenn die Durchsetzung eben dieser beiden Punkte in Dortmund gelänge. Drittens sollte für die Wahlplattform der Grünen der „Entwurf eines Kurzprogramms“, wie es der Achberger Kreis vorschlug, sowie das GAZ-Papier Grundlage sein (GAZ-Bundesvorstand, Rundschreiben Nr. 11 v. 19. Mai 1980).

Nach der Satzung der GRÜNEN ist vom 30. April 1980 an eine Doppelmitgliedschaft in zwei politischen Parteien nicht mehr möglich. Im Gegensatz aber zur AUD, die auf ihrem Parteikongreß am 27. April 1980 in Gießen mit großer Mehrheit beschlossen hatte, ab sofort ihre Tätigkeit als politische Partei einzustellen und ihren Mitgliedern die vorbehaltlose Mitarbeit bei den GRÜNEN empfahl, hatte die Grüne Aktion Zukunft von Herbert Gruhl einen Auflösungs-schritt an die genannten Bedingungen geknüpft (vgl. Der Weg der AUD zu den Grünen, in: Die Grünen, 19. Ausgabe vom 10. Mai 1980).

## Teilnahme an der Bundestagswahl — ja oder nein?

Nach wechselhaften Erfolgen der Grünen bei Gemeinde-, Kreis- und Landtagswahlen und einer ersten bundesweiten Wahlprüfung bei den Europa-Wahlen 1979 steht im Oktober 1980 erstmals auch die Teilnahme an einer Bundestagswahl an. Einen Tag bevor die Entscheidung über die Teilnahme fiel, am Eröffnungstag der Bundesversammlung in Dortmund, druckte die Frankfurter Rundschau das „Plädoyer gegen eine grüne Beteiligung bei Bundestagswahlen“ des Bremer Bürgerschafts-abgeordneten Peter Willers ab (Peter Willers, Ich bin kein Bundesgrüner, Frankf. Rundschau v. 21. 6. 1980). Willers schildert in „herber Kritik“ die Gefahren, die den Grünen drohen, wenn sie den „dritten Schritt vor dem ersten“ machen. Er weist warnend auf die sich bereits jetzt abzeichnenden negativen Veränderungen innerhalb der grünen Bewegung hin, wenn zu sehr mit dem „Umgießen der außerparlamentarischen Aktivitäten in eine parlamentarische Kraft“ geliebäugelt wird:

„Viele von Euch kennen mich nicht. Ich bin einer aus der grünen Viererbande in der bremsischen Bürgerschaft. Ich bin kein Bundesgrüner. Warum, das möchte ich Euch erklären. Wir Bremer haben einer grünen Bundespartei mit unserem Wahlerfolg Rückenwind gegeben. Viele von Euch können nicht verstehen, warum wir heute als Bremser auftreten. Als Bremser einer Partei, die wir so nicht wollen, wie sie sich jetzt zu etablieren scheint. Die Grünen sind das parlamentarische Kind (viele sagen inzwischen der Wechselbalg) einer vielfältigen außerparlamentarischen sozialen Bewegung, deren wichtigster Teil die Anti-AKW-Bewegung ist. Als wir vor ein paar Jahren unter dem Eindruck des massiven Roll-Back der Herrschenden nach Grohnde überlegten, welche Handlungsspielräume wir im Kampf ums Überleben noch nicht genutzt hatten, kam der Gedanke auf, die etablierten Politiker dort anzugreifen, wo sie glaubten, unter sich zu sein: im Parlament. Wir haben dabei versucht, Illusionen zu vermeiden. Unser Anspruch und unsere Erwartungen waren dementsprechend gering. Nicht politisch-parlamentarische Macht sollte errungen werden, sondern eine zusätzliche Ebene der Artikulation.

Oberstes Prinzip sollte bleiben: Stärkung der außerparlamentarischen Bewegung, keine Apparatbildung, Dezentralismus, Eigenverantwortlichkeit. Unsere Stärke in den Blen (Blen = Bürgerinitiativen, R. M.) war und ist nicht zählbar und greifbar zu sein, nicht von den Herrschenden und ihren Apparaten ver-einnahmt und befriedet werden zu können.

Schaut Euch um, wie es heute ist: Die Debatte um eine grüne Bundespartei hat alte Bindungen aufgelöst, Arbeitszusammenhänge zerstört, Blen gespalten. Statt problemorientierter, basisnaher und solidarischer Zusammenarbeit werden vielerorts unter dem vermeintlichen Zwang, zu allem etwas sagen zu müssen, ideologische Fronten aufgerissen. Wo es ums Handeln gehen müßte, wird letztlich folgenlos debattiert. Die Etablierten — soweit sie es verstehen — können sich ob solcher parlamentarischen Fixierung ins Fäustchen lachen. Mit fünf Prozent Opposition im Parlament werden sie leicht fertig, und sei's mit einer großen Koalition ...“

Willers glaubt, an der Entwicklung der grünen Bundespartei bereits jetzt zu erkennen, daß sie eine falsche Richtung eingeschlagen habe und zu viele und unfähige Köche den grünen Brei verdürben:

„Die ‚ersten‘ Grünen wollten und wollen, daß sich die Ökonomie der Ökologie unterordnet. Das ist ein Programm, das dem aller anderen Parteien und Gruppen diametral entgegensteht. Nicht nur denen der Parlamentsparteien. Und dann sind die Bündnispolitiker gekommen, die ihre Vorstellungen bei uns unterzubringen versuchten. Sie haben uns eine pluralistische, ‚fortschrittliche‘ Partei aufzuschwatzen versucht, in der natürlich dann auch ihre alten Inhalte einen — möglichst hervorragenden — Platz haben sollten. Wieviel verschiedene Ärzte doktern an diesem kleinen grünen Baby herum:

— die alten K-Grüppler, die eine neue Heimat suchen und aus taktischen Gründen Zugeständnisse machen, ohne wirklich dazugelernt zu haben,

— die Intellektuellen, die die Grünen als interessantes Planspiel begreifen oder ihre politi-

schen Bauchschmerzen abzureagieren versuchen,

— die ewigen Politiker, die schon alles versucht haben,

— Karrieristen, die bei uns eine Chance wittern,

— und die Macher, die den Apparat schon jetzt mißbrauchen.

Irgendwie ist unser Flüßchen in ein falsches Bett geraten. Laßt uns den Mut haben, noch einmal an die Quellen zurückzukehren. Wenn wir die Verhältnisse ändern wollen: Das geht nur von unten. Und unten muß es stimmen. Laßt uns da aufbauen und weitermachen und den Herrschenden Sand ins Getriebe werfen. In Gemeinden, Kommunen und Kreistagen. Nur dort können wir unseren Anspruch auf Basisnähe verwirklichen. Eine Bundeswahlbeteiligung ist der dritte Schritt vor dem ersten. Ich möchte nicht, daß wir ins Stolpern kommen!"

In knapper, übersichtlicher Form hatten die Bremer Grünen ihre Vorstellungen in der „Bremer Linie“ vom 19. April 1980 zusammengefaßt. Die Grundsätze lauteten (Auszug):

#### *„A. Vorrang: Rettung unserer Lebensgrundlagen*

Wir GRÜNEN gehen davon aus, daß es 5 Minuten vor 12 ist, um unser aller Lebensgrundlagen zu retten. Diese Überlebensforderung hat für uns Vorrang vor allen anderen Forderungen, mögen sie auch noch so berechtigt erscheinen.

#### *B. Unsere Erfahrungen durch Betroffenheit*

Wenn wir für Erhalt und/oder Wiederherstellung unserer Lebensgrundlagen eintreten, so wissen wir aufgrund von Betroffenheit nur zu gut, wovon wir reden:

1. Statt Atomkraft und chemischer Industrie (Seveso) Energiesparen, sanfte Technik und natürliche Grundstoffe.

...

6. Statt weiterer Beschneidung unserer Grundrechte strikte Anwendung bestehenden Rechts gegen die ständige Verschlechterung unserer Lebensgrundlagen und Bürgerfreiheiten.

...

9. Statt weiterer Aushöhlung unserer Währung durch expansive Haushaltspolitik (Staatsinvestitionen mittels Schulden und inflationären Steuern) weniger Staat und mehr Gerechtigkeit.

#### *C. GRÜNE PARTEI als ein Bein neben anderen*

Wir haben uns neben Bürgerinitiativen, Rechtsfonds, aufklärenden Vereinen usw. zu der Partei der GRÜNEN zusammengeschlossen, um gegen die etablierten Parteien von rechts bis links allgemein, insbesondere aber im parlamentarischen Raum, einzutreten;

...

b) weil die Etablierten sich auf ihrer bislang unangefochtenen parlamentarischen Ebene auch materiell zu sicher fühlen, um uns ernsthaft wichtige Konzessionen zu machen.

#### *D. Strategie zu mehr Gerechtigkeit*

Wir GRÜNEN übersehen ... keineswegs, daß auch andere als unmittelbar ökologische Forderungen berechtigt und wichtig sind (z. B. mehr Verteilungsgerechtigkeit und die Emanzipation von Frau und Mann). Doch wir wissen,

a) daß ökologische Fragen momentan Vorrang haben: erst weiter atmen können, dann neue Übungen machen!..."

Die Debatten in Saarbrücken und Dortmund sowie die Diskussion um eine Beteiligung bei der Bundestagswahl 1980 bilden den vorläufigen Schlußpunkt einer Entwicklung, die Mitte der siebziger Jahre mit der Gründung einzelner grüner Gruppen begann und heute das Bild einer recht unübersichtlichen Szenerie bietet. Im Sinne des Bremer Bürgerschaftsabgeordneten Peter Willers soll daher der Versuch gemacht werden, „noch einmal an die Quellen zurückzukehren“, um einige, auch für die Splittergruppen typische Richtungen mit ihren Programmen zu charakterisieren.

## Organisationen und Programme der Grünen

### „Grüne Aktion Zukunft“ — GAZ

1975 zog Herbert Gruhl eine „Schreckensbilanz unserer Politik“ (so der Untertitel seines Buches), 1978 verließ er die CDU und gründete als fraktionsloser Abgeordneter die „Grüne Aktion Zukunft“ (GAZ). Die Parteigründung Mitte Juli 1978 geschah gewissermaßen von oben her, nämlich mit nur neun Gesinnungsfreunden: „Außer einem Bundesvorstand war nichts vorhanden. Er verließ sich darauf, daß die Basis schon kommen werde“ (Hans Günter Schumacher, Verhältnis des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz zu den Umweltparteien, in: Rudolf Brun (Hrsg.), Der grüne Protest, Frankfurt 1978, S. 72). Nicht nur dieses Vorgehen, sondern auch der Stil seines Programmes brachte ihm Kritik ein. So heißt es im „Grünen Manifest“ der GAZ: „Unser Ziel ist es, allen Menschen ein sinnerfülltes Leben zu ermöglichen. Die Erfüllung findet jeder einzelne vorwiegend in seinen geistig-seelischen, kulturellen und religiösen Erlebnissen sowie in den sozialen Bindungen seiner Familie, der Wohn- und Arbeitsgemeinschaft innerhalb seines Heimatlandes. Gegenseitiges Vertrauen und Helfen muß die ökonomische Rücksichtslosigkeit ablösen. Auch das Opfer kann den Wert unseres Daseins erhöhen.“

Manchen Beobachtern erschienen Gruhls Wortschöpfungen reaktionär; das ist vielleicht ein Rückschluß daraus, daß rechtsextreme Kräfte und Parteien wie die NPD bereitwillig bei ihm abschrieben. Die Machtträume gewisser Kreise hatte Gruhl schon in seinem Bestseller reaktiviert, wenn er beispielsweise wie folgt zustimmend zitiert wird: „In dem ‚Raumschiff Erde‘ dürfe es ‚so gut wie keine Freiheit (geben), jede Ration, jeder Griff, jede Handlung ist genau vorgeschrieben. Jeder muß sich anpassen‘. Dafür müsse eine ‚Weltregierung‘ geschaffen werden, die ‚mit allen Machtmitteln ausgestattet wäre‘... Aber ‚diese Diktatur müßte unter Umständen härter sein, als die stalinistische es war“ (zitiert nach: Jan Peters, Rechtsextremisten als Umweltschützer, Berlin o. J.). Die „Nationalzeitung“ am 28. Juli 1978 in einem Kommentar: „Nur Gruhl ist in der Lage, eine ‚seriöse‘ Umweltschutzpartei aufzubauen.“ (Jan Peters, a. a. O.)

In Rheinland-Pfalz erkannte die NPD die Gunst der Stunde, auf der grünen Welle mitzu-

schwimmen. Sie bildete dort eine regionale Grüne Liste NPD und nahm an den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz teil. Die „Jungen Nationaldemokraten“ und die „NPD Rheinland-Pfalz — Grüne Liste“ erließen ein „Ökologisches Manifest“. Darin heißt es u. a.: „Es geht um die Frage der Zukunftssicherung für kommende Generationen, um den Fortbestand der Menschen und Völker sowie um ein menschenswertes Leben... Der Schutz der Natur und Umwelt ist unerläßliche Vorbedingung für die Erhaltung des menschlichen Lebensraumes und die Volksgesundheit. Volks- und Lebensschutz müssen daher zu einem leitenden Gedanken der Politik erhoben werden... Das Ökologieverständnis der NPD ist humanistisch und antimaterialistisch, wir wollen nicht kapitalistisches und marxistisches quantitatives Wachstumsdenken, nicht Zerstörung der Lebensgrundlagen durch rigorose Ausbeutung von Mensch und Natur... Nationalisten treten ein für die Rettung des Planeten Erde.“

Das Manifest schließt mit der Forderung nach „Einführung des Volksbegehrens und des Volksentscheides“ sowie dem Aufruf und dem Versprechen: „Vorwärts mit der NPD für ein neues Ökologieverständnis — es lebe die ökologische Revolution! NPD — ökologisch zuverlässig“ (nach: Ökologisches Manifest der „Jungen Nationaldemokraten“ und der NPD Rheinland-Pfalz — Grüne Liste, abgedruckt in: Jan Peters [Hrsg.], Alternativen zum Atomstaat — Das bunte Bild der Grünen, Berlin 1979, S. 405—409).

Nach Ansicht von Prof. Dr. Otthein Rammstedt lassen sich nur schwer Grenzen ziehen zwischen dieser ‚neuen‘ NPD und Teilen der ökologischen Bewegung: „Müheles konnte die NPD in Rheinland-Pfalz Vertreter der GAZ — der Grünen Aktion Zukunft —, der AUD — der Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher —, der Grünen Liste Umweltschutz Hessen mit Vertretern der Grünen Liste Rheinland-Pfalz zu Podiumsdiskussionen gewinnen. Also Vertreter der Organisationen, die beim Bundeskongreß der Grünen das Sagen hatten.“ (Otthein Rammstedt, Rot plus Braun gleich Grün?, in: Jan Peters, Rechtsextremisten als Umweltschützer, a. a. O.)

Über die Prinzipien und Ziele von Gruhls GAZ gibt das „Grüne Manifest“ Auskunft.

*„Grüne Aktion Zukunft“: Das „Grüne Manifest“ mit Erläuterungen (Ausschnitte)*

*1. Unsere Politik ist verantwortlich gegenüber Kindern, Enkeln und künftigen Generationen. Für ihr und unser Überleben ist die Bewahrung der ökologischen Grundlagen alles Lebens — Luft, Wasser, Boden, Pflanzen- und Tierwelt — Voraussetzung.*

Das Programm der GAZ eröffnet eine neue Dimension in der Politik, *die Zeit* — und dies in einem langfristigen, auf Generationen bezogenen Sinne. Die *Vorsorge* für die *Zukunft* ist das oberste Leitmotiv unserer Politik. Darum ist unser Programm umfassender als das aller anderen bestehenden Parteien. Für diese existiert die *Zukunft* zwar auch, aber als materielles Märchenland, das besonders vor jeder Wahl dargeboten wird. In Wahrheit wird den nächsten Generationen jede Überlebenschance genommen.

...

*3. Es ist Irrtum, daß die jetzige materialistische Verschwendungswirtschaft noch das Glück und die Lebenserfüllung der Menschen fördere. Der Mensch wird in diesem materialistischen Frondienst immer gehetzter und unfreier, je länger er dem Götzen dient, den man fälschlich „wirtschaftliches Wachstum“ nennt.*

Die heutige Ökonomie beruht auf dem Prinzip des ständigen „wirtschaftlichen Wachstums“. Schon dieser Begriff ist falsch, da in der industriellen Welt nichts „wächst“; dort findet vielmehr eine ständige Vernichtung von Grundstoffen statt, die nicht nachwachsen, ebenso eine ständig zunehmende Betonierung fruchtbaren Bodens, auf dem dann gerade nichts mehr wachsen kann.

...

*7. Unser Ziel ist es, allen Menschen ein sinn erfülltes Leben zu ermöglichen. Die Erfüllung findet jeder einzelne vorwiegend in seinen geistig-seelischen, kulturellen und religiösen Erlebnissen sowie in den sozialen Bindungen seiner Familie, der Wohn- und Arbeitsgemeinschaft innerhalb seines Heimatlandes. Gegenseitiges Vertrauen und Helfen muß die ökonomische Rücksichtslosigkeit ablösen. Auch das Opfer kann den Wert unseres Daseins erhöhen.*

Wenn wir den heute herrschenden ökonomischen Theorien folgen, dann besteht der Sinn des Menschenlebens darin, jährlich eine im-

mer größere Menge wertvoller Bodenschätze in wertlosen Abfall zu verwandeln. Der mit dem Bruttosozialprodukt gesetzte Maßstab bewertet nur materielle Leistungen, die negativen genauso wie die positiven. Indem diese absurde Bewertung zum Maßstab der Politik und der Parteien erhoben wurde, ist das ganze Volk in dessen Dienst gestellt. Parteien, die sich „christlich“ nennen, versuchen selbst liberale und kommunistische bei diesem Tanz um das Goldene Kalb zu überbieten. Alles das, was eigentlich den Menschen ausmacht, muß dabei auf der Strecke bleiben. Im Alltag herrscht das Geld und die nackte Rücksichtslosigkeit — alles Immaterielle ist auf den privaten Bereich zurückgedrängt, der immer kleiner und kleiner wird.

...

*8. Alles muß einfacher werden: der Mensch, die Verwaltung, die Technik, der Verkehr. Nur dann bekommen wir wieder mehr Freiheit, weniger Konsumzwang und Leistungsterror, damit auch weniger Streß, Neurosen und andere Leiden.*

Wenn sich das Wirtschaftspotential eines Landes in spätestens 20 Jahren verdoppeln soll, dann bedeutet das nicht nur Zwang zur doppelten Produktion, sondern auch Zwang zum doppelten Konsum, zu doppelter Leistung auf allen Gebieten, der Technik, des Verkehrs, des Erleidens von mehr Lärm, Abgasen und Giften. Dies alles und der Leistungsterror, der schon beim Kind in der Schule beginnt, führt zu Neurosen, Frustrationen und Krankheiten. Das bedeutet aber auch: mehr als doppelte Verwaltung, mehr Staat, mehr Bürokratie, mehr Gesetze, mehr Verbote.

...

*12. Ein jeder Mensch hat Anspruch auf eine sinnvolle Tätigkeit. Die derzeitige rationalisierte Massenproduktion verschwendet Energien und Rohstoffe und macht immer mehr Menschen überflüssig. Nur durch Dezentralisation und Förderung der handwerklichen Berufe bekommen wir dauerhafte Arbeitsplätze, Lehrstellen und einen marktwirtschaftlichen Wettbewerb.*

Wir sprechen wohlbedacht von einem „Anspruch auf eine sinnvolle Tätigkeit“, nicht von einem „Recht auf Arbeit“. Denn Arbeitsplätze für jeden und jederzeit kann nur eine Befehls-wirtschaft garantieren — und auch diese nur, wenn sie auf die Effektivität der verordneten Arbeit keine Rücksicht nimmt. Wir wollen jedem die Freiheit lassen, gar nicht, wenig oder viel zu arbeiten, wenn er seine Bedürfnisse in

freier Entscheidung mit dem entsprechenden Einkommen in Übereinstimmung bringt. Nicht nur die organisierte und zugewiesene Arbeit hat ihren Wert, sondern auch die *Eigenarbeit*, die bei geringerem Verdienst ein größeres Maß von Befriedigung oder ein höheres Erfolgserlebnis in sich birgt. Diese Eigenarbeiten sind wohl nicht zuletzt darum in Ver- ruf gebracht worden, weil der Staat und auch die Verbände befürchten, daß davon nicht so viel an Steuern und Beiträgen abgezapft werden kann.

...

14. *In unserem Energie- und Wirtschaftskonzept ist die Atomenergie überflüssig. Die Nutzung der natürlichen regenerierbaren Energiequellen wie Sonne, Wind, Wasser (auch Gezeiten) sowie die Wärme-Kraft-Koppelung sind zu fördern — ebenso der sparsame Einsatz von Energie durch entsprechende Preisgestaltung.*

...

15. *Neue technische Projekte sind vor ihrem Beginn daraufhin zu überprüfen, ob der Aufwand an Rohstoffen und Energie sowie die unvermeidlichen Umweltschäden noch in einem sinnvollen Verhältnis zum Nutzen für den Menschen stehen. Die Werbung für unnötige oder gesundheitsschädliche Artikel ist einzustellen. Wahrheitsgemäße Informationen über Wirkung und Inhalt zu verkaufender Waren sind vorzuschreiben.*

Eine *ökologische Buchhaltung* könnte schon eine Entscheidungshilfe bei der Bewertung neuer Produktionen sein. Auf der Negativseite sind nicht nur die verbrauchten Bodenschätze und die Umweltschäden zu verbuchen, sondern auch die Kosten für Werbung, Verpackung, Transport, Verwaltung, Versicherung und Kredit. Darum ist auch die Erwirtschaftung eines hohen Bruttosozialprodukts — etwa um der Vollbeschäftigung willen —, „wenn nichts Sinnvolleres produziert wird, schlechter als ein geringeres Sozialprodukt bei mehr Freizeit, aber höherer Lebensqualität“. Heute wird der Käufer durch gehirnwäscheartige Werbung mit staatlicher Duldung, ja steuerrechtlicher Förderung dahin gehend manipuliert, auch unnütze, gesundheitsschädliche und umweltzerstörende Produkte zu kaufen. Wir fordern die Aufklärung der Bevölkerung durch eine Verbraucherorganisation, welche von einem Gremium von staatspartei- und wirtschaftsunabhängigen Wissenschaftlern beraten wird. Wir fordern die staatliche Förderung der Forschung für Produkte, die

den Prinzipien der Nützlichkeit, Notwendigkeit, Gesundheitsförderung und Umweltfreundlichkeit entsprechen, dagegen die Steigerung der steuerlichen Belastung für Luxusartikel. Grundsätzlich darf nicht mehr der erhoffte finanzielle Gewinn allein darüber entscheiden, ob etwas produziert wird oder nicht.

...

19. *Der Wasservorrat unterliegt im Bereich der Bundesrepublik einer besorgniserregenden Verschlechterung. Eine vorsorgliche Wasserwirtschaft erfordert den umgehenden Schutz des Grundwassers und der Oberflächengewässer vor Verunreinigungen und Entnahmen, die über der örtlichen Ergiebigkeit liegen.*

...

20. *Wir fordern die Beendigung der Stadt und Land fressenden Straßen-Neubauten, die nicht mehr nötig sind, sondern die verkehrstechnische Verbesserung bestehender Straßen, den Bau von Rad- und Fußwegen und damit der Sicherheit von Leib und Leben. Nötig ist der Ausbau des energiesparenden öffentlichen Verkehrsnetzes, besonders der Bundesbahn.*

#### „Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher“ — AUD

„Die AUD war die älteste der grünen, der Lebensschutzparteien. Im Jahre 1965 gegründet, sprach sie nicht nur jene Forderungen aus, die dann später der neuen Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland zugrunde lagen. Sie verkündete nach eingehender Diskussion mit Vorkämpfern der Bürgerinitiativen und der Lebensschutzbünde 1972 das ‚Manifest des Lebensschutzes‘; von ihr ging die Anregung zur Bildung der ‚Demokratischen Lebensschutzbewegung‘ und zum Troisdorfer Umweltschutzkongreß 1976 aus, dessen Koordinierungsausschuß später eine sehr wichtige Rolle spielte: Die breite Basis von links bis rechts, auf der sich die grüne Bewegung heute aufbaut, verdankt jenen ersten Entscheidungen ihre Entstehung. Das Programm der AUD gliederte sich in vier Teile: Reale Demokratie, humaner ‚Sozialismus‘ der Zukunft, ‚Neutralität und Frieden‘ mit einem entschiedenen Bekenntnis zur Gewaltlosigkeit und eben jenes ‚Manifest des Lebensschutzes‘; es mag als ‚linkes Programm‘ von den Politologen eingestuft wer-

den, aber schon auf ihrem Parteitag 1971 hatte die AUD das große Abzeichen getragen ‚Weder Links, noch Rechts, sondern Vorne‘. Sie empfand sich als politische Schrittmachergruppe auf vielen Gebieten.“

So stellte die Zeitung „Die GRÜNEN“ den Werdegang einer jener nach verstärktem Einfluß suchenden Gruppierungen innerhalb der „Lebensschutzbewegung“ vor, die eine neue Heimstatt bei den Grünen gefunden haben. (Die Grünen, Der Weg der AUD zu den Grünen, 10. Mai 1980, 19. Ausg.).

Zur Bundestagswahl 1976 verkündete sie innerhalb ihres Wahlprogramms u. a. folgende Thesen:

„*Schutz des Lebens* — Wir treten ein für ein radikales Atomschutzgesetz, das die wissenschaftliche, politische und industrielle Urheberschaft von atomaren Katastrophen auf die gleiche Ebene stellt wie Mord aus niedrigen Beweggründen.

Jede Werbung, die den Menschen zu verantwortungslosem Wegwerf-Konsum anreizt oder zum Verbrauch von Genußgiften, insbesondere von Alkohol und Nikotin, zu verführen sucht, ist zu verbieten.

Wir treten ein für die Schaffung eines Bürgerinitiativen-Rechts, das den Bürgerinitiativen und Lebensschutzorganisationen Antragsmöglichkeiten vor den zuständigen Parlamenten und das Recht zur gerichtlichen Vertretung ihrer Anlagen einschließlich der Popularklage einräumt.

*Sicherung des Friedens* — Wir fordern die Schaffung eines Ministeriums für Frieden, das die Strategie der friedlichen Sicherung Deutschlands anstelle einer nicht möglichen militärischen Sicherung der heute bestehenden deutschen Staaten zu entwickeln hat.

Wir verlangen das Verbot des Waffenhandels und der Ausfuhr von Atomkraftwerken.

*Die Wirtschaft muß dem Menschen dienen* — Wir setzen uns ein für die Erzeugung biologisch einwandfreier Nahrungsmittel. Um ihrer willen fördern wir die Rückkehr der Bauern auf ihre Höfe.

*Volksherrschaft statt der Herrschaft des Geldes* — Wir fordern die Aufstellung aller Wahlkandidaten durch die Bevölkerung selbst.

Volkskandidaten müssen an die Stelle von Parteikandidaten treten.

*Für echte Gleichberechtigung der Frau* — Die Doppelbelastung der Frau als Berufstätige einerseits und als Hausfrau und Mutter andererseits muß überwunden werden. Der Mann muß für den Zustand und die Führung des Haushalts genauso verantwortlich gemacht werden wie die Hausfrau. Die echte Emanzipation der Frau muß ergänzt werden durch die notwendige Emanzipation des Mannes. Erst ein menschenwürdiges Berufsleben für beide wird eine echte Partnerschaft beider ermöglichen.

Mit diesen Zielen, auf die wir uns verpflichten, sind wir die demokratische Alternative zu den drei Bonner Parteien. Uns geht es um die kopernikanische Wende, die angesichts der Grenzen des Wachstums lebenswichtig geworden ist. Wir wollen die Erde vor der Verwüstung und die Menschheit vor der Selbstzerstörung bewahren.“ (Quelle: Was die AUD will, Kurzfassung des Wahlprogramms der AUD, AUD-Landesverband Nordrhein-Westfalen).

Vorsitzender der AUD bis zu ihrer Auflösung im April/Mai 1980 war August Haubleiter, von Saarbrücken bis Dortmund auch einer der Vorsitzenden der Partei „Die Grünen“. Die AUD beschrieb Haubleiters Lebenslauf so: „Haubleiter ist von Beruf Journalist und Schriftsteller; er bewahrte sich auch während des Dritten Reiches seine Unabhängigkeit, verzichtete aber auch nach dem Kriege darauf, sich als Widerstandskämpfer darzustellen, obwohl sein mutiges Auftreten für freie Kritik 1935 durch die ganze Weltpresse ging. Unmittelbar nach 1945 gründete Haubleiter eine unabhängige Arbeiter-, Bauern- und Bürgervereinigung. Als sich diese der CSU anschloß, wurde er Sprecher des linken, gesamtdeutschen CSU-Flügels und deren stellvertretender Vorsitzender. Er brach mit ihr 1949, als die allerersten Remilitarisierungsgespräche begannen und als der Prozeß der Restauration angesichts der Macht des Großkapitals, der Kirche und der Geheimdienste der Besatzungsmächte nicht mehr aufzuhalten war.“ (Programm der AUD, S. 46 f.: Einiges über die AUD.) Haubleiter brauchte sich in letzter Zeit nicht über mangelndes Interesse der bundes-

republikanischen Presse an seiner Person beklagen — aber nicht alle Medien gingen so scharf und unverblümt mit ihm um wie der ‚Vorwärts‘, der ihn als eine „mehr braun als grün schillernde Persönlichkeit“ befand, die „ihren Weg aus dem nationalistischen Dunstkreis zur ‚alternativen‘ Partei“ gemacht hätte (Jens Fischer, Vom Braunen zum Grünen, in: Vorwärts, 17. 4. 1980; vgl. ferner Herbert Riehl-Heyse, August Haußleiter — Viele Fahnen getragen, in: Süddeutsche Zeitung, 3. 4. 1980; Michael Schwelien, Die fünfte Partei des 75jährigen — Eine Welle, die jeden umschmeißt, in: Stuttgarter Zeitung, 15. 4. 1980; Gespräch mit August Haußleiter: ‚Angst vor der Wiederkehr des Dritten Reiches‘, in: Die Neue, 11. 4. 1980).

## Aktion Dritter Weg

Zur AUD und der „Grünen Aktion Zukunft“ gesellte sich bald die „Aktion Dritter Weg“, auch „Achberger Kreis“ genannt. Ihr maßgeblicher Ideologe, Wilfried Heidt, „bemüht sich um einen dritten Weg, zwischen Kapitalismus und Kommunismus, wie die Gebildetenbewegung seit der Jahrhundertwende“ (Ernst Hopflich: Ökologie, Wachstum, Sozialismus, in: „Perspektiven“, a. a. O., S. 49). Der Entwurf für ein „Grünes Grundlagenprogramm“ des Achberger Kreises, das sich, nach grüner Meinung, „im wesentlichen als eine Sammlung von esoterischen Grundsätzen darstellt“ (vgl. Grüne Information, 11/80, S. 5), enthält in der Einleitung die Forderung, sich „mit größerem Ernst, größerer Nüchternheit und verstärktem Engagement ... zu beteiligen am gemeinsamen Bedenken und Entscheiden unserer gemeinsamen Zukunft“.

Das Programm will die „Grundrichtung der grünen Alternative“ aufzeigen und entwickelt dazu sechs Grundzüge:

### I. Grundzüge der wirtschaftspolitischen Alternative

— Solidarität statt Konkurrenz — Lebensschutz statt Lebensvernichtung.

Private Verfügungsmacht im Produktionsbereich und auf Profiterzielung gerichtetes ökonomisches Handeln stehen dieser solidarischen Alternative ebenso im Weg wie staatsbürokratischer Planungsdirigismus ...

Zur Erfüllung der Aufgaben einer „Solidarischen Wirtschaft“ kommen nur drei grundlegende Gesichtspunkte in Betracht:

1. Die Naturgrundlagen müssen gesund erhalten werden ...
2. Die Menschen müssen ihre Fähigkeiten und Initiativen in der Arbeit frei entfalten können und als Betroffene selbst die Entscheidungen darüber treffen, was, wie und wo produziert wird.
3. Die Tätigen müssen gemeinschaftlich die Verantwortung für ihre Arbeitsstätten haben und die zur Leitung der Unternehmen Befähigten für die Wahrnehmung ihrer Funktionen demokratisch bevollmächtigen.

### II. Grundzüge der geld- und steuerpolitischen Alternative

— Demokratisierung statt Monopolisierung des Geldes.

...Der Grundgedanke einer alternativen Geldordnung, wie sie bei den Grünen vertreten wird, ist, daß sich die *Geldschöpfung an der Wertschöpfung zu orientieren hat*.

### III. Grundzüge der sozialpolitischen Alternative

— Sicherheit der Existenz statt Almosen und Barmherzigkeit ...

Das Einkommen muß als elementares Menschenrecht angesehen werden. Von der heutigen Gesamtproduktion wird nur ein Drittel real für die Deckung unseres Bedarfs gebraucht. Zwei Drittel aller eingesetzten Leistungen, Rohstoffe und Energien sind sinnloser Aufwand — Werbung, Vergeudung, programmierter Verschleiß und Belastungen durch Zins und Zinseszins ... Es erscheint nicht mehr utopisch, wenn wir als Leitidee ... fordern: Ein *Grundeinkommen*, das jedem Menschen in jeder Lebenslage — unabhängig von seiner Leistungsfähigkeit — ausreichende



Nahrung, Kleidung, Behausung, Bildung und Fürsorge bei Alter und Krankheit garantiert.

#### IV. Grundzüge der kulturpolitischen Alternative

— Freiheit statt Fremdbestimmung ...

Wirtschaft und Staat sollen sich so entwickeln, wie es sich aus den menschlichen Impulsen, aus der moralischen Phantasie und individuellen Kreativität ergibt — nicht umgekehrt an den „Erfordernissen“ von Wirtschaft und Staat.

#### V. Grundzüge der staatlich-politischen Alternative

— Reduzierung des Staates statt Verstaatlichung der Gesellschaft.

In der Gesamttendenz wird es sich darum handeln müssen, *alles Staatliche soweit wie möglich abzubauen* zugunsten des selbstverantwortlichen Handelns der jeweiligen Initiativen in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht.

#### VI. Grundzüge der parlamentarischen Alternative.

— Basisdemokratie statt Formaldemokratie.

...  
Ein Ableger des Achberger Kreises ist die *FIU — Freie Internationale Universität —*, zu deren prominenten Vertretern der Düsseldorfer Kunstprofessor Joseph Beuys gehört. In einem „Aufruf zur Alternative“, deren Verfasser Joseph Beuys, Wilfried Heidt und Peter Schata waren, wurde unter der Rubrik „Werkzeuge

des Wandels“ (Was können wir für die Verwirklichung der Alternative jetzt tun?) die „Free International University“ vorgestellt (vgl. Frankfurter Rundschau, Nr. 288, v. 23. Dez. 1978):

„Der Prozeß des Umschmelzens verhärteter Begrifflichkeiten und Theorieansätze ist in vollem Gange. Er muß zum *Großen Dialog*, zur interfraktionellen, interdisziplinären und internationalen Kommunikation zwischen den alternativen Lösungsmodellen führen. Die *Free International University* (Freie Hochschule für Kreativität und interdisziplinäre Forschung) ist das ständige Angebot, diese Kommunikation zu organisieren und zu entwickeln. „Gegen die geballten Interessen der Mächtigen hat nur eine mitreißende Idee eine Chance, die wenigstens so stark ist wie die humanistische in den letzten und die christliche in den ersten Jahrhunderten unserer Zeitrechnung“ (Gruhl). Um von den verschiedenen Ansätzen, die in der neuen sozialen Bewegung leben, zu dieser ‚mitreißenden Idee‘ durchzustößen, brauchen wir den ständigen und umfassenden Dialog. *Freie Internationale Universität* als ein organisatorischer Ort dieses Forschens, Arbeitens und Kommunizierens meint also alle die Gruppen und Keimzellen in unserer Gesellschaft, zu denen Menschen sich zusammengeschlossen haben, um gemeinsam die Fragen der sozialen Zukunft zu durchdenken. Je mehr Menschen sich mit diesen Arbeiten verbinden, desto kraftvoller und durchgreifender werden die alternativen Ideen zur Geltung kommen. Darum sei aufgerufen: *Gründet Arbeitsplätze der freien Internationalen Universität, der Universität des Volkes.*“

## Wahlkampf — Strategie und Taktik

Welche Möglichkeiten die Grünen sehen, um Wähler bei der Bundestagswahl zu gewinnen, haben Vertreter der Landesgeschäftsstellen am 14. Juni in Frankfurt — also eine Woche vor Dortmund — diskutiert. Georg Otto, der z. Z. in der Bundesgeschäftsstelle der Grünen arbeitet, hat die „Gedanken zur Führung der

Wahlauseinandersetzung 1980“ zusammengefaßt und in Dortmund vorgelegt. Veröffentlicht wurden die Argumente in der Frankfurter Rundschau (2. Juli 1980, Nr. 150, S. 14). Wir zitieren Auszüge:

„Unter der Voraussetzung, daß Dortmund die Einheit der Grünen stabilisiert, wird eine

Wahlauseinandersetzung unter folgenden Gesichtspunkten als sinnvoll angesehen:

1. Der feste Wählerstamm der Grünen ist bundesweit mit ca. 3 bis 4 Prozent anzusetzen. Sie rekrutieren sich aus dem Protestwählerreservoir und aus den traditionell Grünen (Umweltschutz — Naturschutzverbände).

2. Eine wesentlich größere Gruppe von Sympathisanten, die unsere allgemeine politische Richtung zwar für gut befinden, glaubt noch, diese Ziele durch Wahl der Altparteien besser durchsetzen zu können.

3. Die Mehrheit der Wähler hat den Ernst der Lage noch nicht erkannt und will im Prinzip keine Änderung der Verhältnisse, die ihr keineswegs als besonders schlimm erscheinen. Dennoch gibt es auch in dieser breiten Gruppierung Unzufriedenheit ‚mit denen da oben‘, die aber nur in Stimmen für grün umgelenkt werden kann, wenn

a) eine besondere Betroffenheit vorliegt, etwa Gefährdung der eigenen Lebensqualität durch Straßenbau, Industrieanlagen u. ä. und

b) wenn eine allgemeine Unzufriedenheit zum Beispiel über die ständig steigenden Preise für Mobilisierungen genutzt werden kann.

#### *I. Überlegungen für die grüne Wahlauseinandersetzung*

1. Unsere Stammwählerschaft (Gruppe zu 1.) kann durch eine klar auf Gruppe zu 2. zielende Strategie erweitert werden: In Richtung auf 5 Prozent. Diesen Gruppen ist klarzumachen, daß die Grünen eben keine Luxuspartei sind, zwar gut als Mahner, aber überflüssig zum Durchsetzen grüner Ziele sind. Hier ist deutlich zu machen, daß auf die etablierten Parteien doch kein Verlaß ist, besonders wenn nach einem evtl. Abebben der grünen Wahlbewegung sich herausstellen würde, daß die Umweltbekenntnisse der Parlamentsparteien überwiegend Lippenbekenntnisse sind, um den Grünen den Wind aus den Segeln zu neh-

men. Die Grünen sind als die absolut notwendige politische Kraft darzustellen, ohne die alles beim alten bleibt.

*II. Sind solche inhaltlichen Ansatzpunkte 1980 vorhanden, so daß eine allgemeinere, über die Zielgruppe zu 2 hinausgehende Mobilisierung zu erreichen ist?*

In unseren Gesprächen schälten sich mehrere solcher allgemein bewußter gewordenen politischen Inhalte heraus:

1. Die ‚Alternative‘ Strauß — Schmidt.

2. Droht Krieg — läßt sich der Frieden sichern?

3. Wird es künftig, als Folge weiterer Rationalisierung, noch mehr Arbeitslose geben?

4. Wird wieder alles teurer, ist die Sicherheit der Ersparnisse erneut bedroht?

...

#### *IV. Mobilisierung besonderer Zielgruppen*

Hier kommen vor allem in Frage die Gruppen der Ökologiebewegung (Naturschutzbewegung) insgesamt, der Anti-AKW-Bewegung und Alternativbewegung im besonderen. Daß bei den letzten beiden Gruppen auch Vorbehalte gegen die Grünen bestehen, ist eigentlich nur ein Grund, sie zu überwinden zu versuchen. Eine weitere wichtige Zielgruppe sind die Christen, dritte Weltgruppen und pazifistische Gruppen.

Andere Zielgruppen könnten der Mittelstand, Handwerker, Landwirte sein. Auch die Probleme der Behinderten und psychisch Erkrankten könnten von uns zielgruppenmäßig angesprochen werden. Dies sollen nur Beispiele möglicher Zielgruppenarbeit (nicht nur für die Wahl) sein.

...

„Wie immer interne Querelen ausgehen: Die Protestler können auch in den nächsten Jahren mit Sicherheit aufbauen auf einer zunächst unpolitischen Sammlungsbewegung, die lediglich der Zorn über Umweltzerstörungen durch Autobahntrassen und Industriean-siedlungen einte: dem 1972 gegründeten Bundesverband der Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), einem eingetragenen Verein mit Sitz in Karlsruhe ... Anders als die herkömmlichen Mini-Protestparteien verfügten die Grünen mit dem BBU über das gesellschaftliche Vorfeld von rund tausend Bürgerinitiativen, den Umweltschützern ähnlich zuge-tan wie die Gewerkschaften der SPD.“ (Der Spiegel, Nr. 13 v. 24. 3. 1980, S. 23) Doch diese eher positive Einschätzung des Hamburger Nachrichtenmagazins über das Verhältnis der Grünen zu den Bürgerinitiativen (und umge-kehrt) muß relativiert werden.

Der Dachverband der rund 1 000 Einzelinitiativen mit weit über 300 000 Mitgliedern sieht in der Partei „Die Grünen“ noch keine Samm-lungsbewegung aller Bürgerinitiativen, die es mit einer klaren Wahlempfehlung zu unter-stützen gilt. Auf einer Mitgliederversamm-lung im Dezember 1979 in Mainz machte Jo Leinen, Mitglied des geschäftsführenden Vor-standes, die Position des Bundesverbandes im Bundestagswahlkampf klar: „Wir werden ein-en Forderungskatalog und einen Vergleich der Parteiprogramme erstellen. Danach bleibt es jedem selbst überlassen, ob und wen er wä-hlen will.“ (Vgl. „die Tageszeitung“, taz-Journal No. 1 Ökologie, S. 166: BBU unterstreicht Überparteilichkeit, 2. 12. 1979.)

Sein Vorstandskollege Hans Günter Schuma-cher, wie Leinen auch SPD-Mitglied, zieht ein-en Trennungsstrich zu den Grünen, weil „eine starke, unabhängige und zugleich über-parteiliche Bürgerinitiativbewegung im vor-politischen und außerparlamentarischen Raum“ erhalten bleiben müsse: „Hier finden auch diejenigen Bürger ihre Bestätigungsmög-lichkeiten, die ihre parteipolitischen Bindun-gen nicht aufgeben möchten. Und dies ist ein ganz beträchtliches Potential, das man nicht enttäuschen sollte. Gerade dieser Faktor hat ja auch unübersehbar dazu geführt, daß große

Teile der Basis von SPD und F.D.P., die Jugend-organisationen dieser Parteien, manche Glie-derung des Deutschen Gewerkschaftsbundes und auch beachtlich viele CDU/CSU-Mitglie-der mit der Umweltschutzpolitik ihrer Organi-sationen nicht mehr einverstanden sind, ins-besondere aber die Energie- und Atompolitik vehement ablehnen. Die Bürgerinitiativen wä-ren schlecht beraten, wollten sie wegen mög-licher kurzfristiger Erfolge diese parteipolitisch auch engagierten Mitglieder vor den Kopf sto-ßen und aufgeben.“ (Hans Günter Schumacher, Verhältnis des Bundesverbandes Bürgerini-tiativen Umweltschutz zu den Umweltpartei-en, in: Rudolf Brun (Hrsg.), Der grüne Protest, Herausforderung durch die Umweltparteien, Frankfurt 1978)

Auch gewählte Grüne, die wie die Bremer Bür-gerschaftsabgeordnete Delphine Brox jahre-lang in Bürgerinitiativen aktiv gewesen sind, setzen lieber auf ein ergänzendes Nebenein-ander von Parteien und Basisgruppen: „Ich sehe die Bürgerinitiativen als eine überpartei-liche Sache an. Dort diskutieren Leute aus SPD, CDU, FDP und den Grünen über Sachfra-gen, und sie lernen dort Bündnispolitik ... (Es wäre) tödlich, wenn die Grünen die Arbeit der Bürgerinitiativen ersticken würden.“ (Gras-wurzelrevolution, Nr. 46, Feb./März 1980, S. 6.) Die „Gewaltfreie Aktion Freiburg“ (GAF) befürchtet bereits in der Existenz der Grünen Partei eine „Schwächung der Basisbewegung“: „Damit entfällt ein wesentlicher Faktor zur Mobilisierung neuer BI-Mitglieder, denn wozu soll man selbst aktiv werden, wenn man doch nur das Kreuz an der richtigen Stelle machen braucht. Auch werden Menschen, die gerade erst angefangen haben, ihre Interessen selbst in die Hand zu nehmen und Erscheinungen unseres Systems zu hinterfragen, dadurch wie-der in den Schlaf gewiegt.“ (Graswurzelrevolu-tion, Nr. 45, Dez. 1979/Jan. 1980, S. 6.)

Umgekehrt bezogen auch „Die Grünen“ offi-ziell als Bundespartei Stellung gegenüber den Bürgerinitiativen. In dem Papier „DIE GRÜ-NEN zur Bundestagswahl 1980“ heißt es: „Im ganzen Land sind in den letzten zehn Jahren Bürger- und Basisinitiativen entstanden, die sich gegen Mißstände, Ungerechtigkeiten und

verantwortungslose Fehlplanungen der etablierten Parteien zur Wehr setzten. Sie haben begonnen, den aufrechten Gang der Betroffenen gegen Duckmäusertum und Anpassung zu setzen. Über den breiten und aktiven Protest gegen die Atomenergie können die etablierten Parteien bereits nicht mehr völlig hinweggehen. Die grünen und bunten Listen, die seit Ende 1977 zunächst zu Kommunal- und dann auch zu Landeswahlen angetreten sind, sind ein Teil dieser neuen demokratischen und sozialen Bewegung. Ihre Mitglieder haben begonnen, ihre *Forderungen und Ideen aus den Bürger- und Basisinitiativen auch in die Parlamente zu tragen und Alternativen sichtbar zu machen*. Dies ist eines der Anliegen der GRÜNEN bei ihrer Kandidatur zum Bundestag... Die Grüne Partei versteht sich als parlamentarischer Arm der grün/alternativen Bewegung; sie hat die hauptsächlichen Forderungen und Ziele dieser Bewegung in ihrem Programm zusammengefaßt.

Neben grünen und bunten Abgeordneten in mehreren Kommunalparlamenten arbeiten Abgeordnete der GRÜNEN mittlerweile auch in den Landesparlamenten von Bremen und Baden-Württemberg. Erfolge grüner Politik in den Parlamenten sind vor allem in dem Maße möglich, wie sie sich auf Aktivitäten in der außerparlamentarischen Öffentlichkeit stützen können. DIE GRÜNEN legen deswegen einen ihrer Schwerpunkte auf die Unterstützung und die Teilnahme an der vielgestaltigen außerparlamentarischen Bewegung: der Natur- und Umweltschutzbewegung, der Frauenbewegung, der Anti-Atom-Bewegung, der Bewegung von sozialen Minderheiten, der Friedensbewegung, christlicher Initiativen, der Anti-Repressionsbewegung und den auf ein besseres Leben verweisenden Tendenzen der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. Darum bemühen sich DIE GRÜNEN, auch ihr parlamentarisches Auftreten in die Einflußnahme dieser Bewegungen und in die Einflußnahme von Bürger- und Basisbewegungen zu stellen."

Wiederholt zum Thema „Grüne und/oder Bürgerinitiativen“ hat sich Roland Vogt, früher einer der Vorsitzenden des „Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz“ (BBU), geäußert: „DIE GRÜNEN“ hätten ohne die Vorarbeit ökologischer Bürgerinitiativen nicht zu

einer Wahlbewegung werden können, wie sie nun seit 1978 die Parlamentsparteien zunehmend irritiert... Nach wie vor gilt, daß die außerparlamentarische Arbeit das Standbein, die parlamentarische Arbeit das Spielbein der Ökologiebewegung in Deutschland ist. Im Laufe der nächsten Jahre könnte sich zwischen den ‚GRÜNEN‘ und dem Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), dem wichtigsten Zusammenschluß von ökologischen Initiativgruppen, vielleicht eine ähnliche Beziehung entwickeln, wie sie zwischen SPD und dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) besteht. DIE GRÜNEN und der BBU haben weitgehend identische Zielsetzungen. Sie bekämpfen beide das exponentielle, industrielle Wirtschaftswachstum, sind kompromißlos für den Stopp des Atomprogramms, sind skeptisch gegenüber großtechnologischen Anlagen und befürworten das Wirtschaften in kleinen, überschaubaren Einheiten.“ (Roland Vogt, Der BBU und die Grünen — „Man fährt zweigleisig“, in: anders leben — Das Grüne Monatsmagazin, Nr. 0 12/79, S. 20).

Oberflächlich betrachtet liegt der Unterschied zwischen „GRÜNEN“ und Bürgerinitiativen (BBU) darin, daß die einen den parlamentarischen, die anderen aber den außerparlamentarischen Weg gehen. Bei genauerem Hinsehen geht es jedoch um ein *unterschiedliches Institutionenverständnis* bei den beiden Zweigen der bundesdeutschen Ökologiebewegung.

Bürgerinitiativen sind u. a. auch deshalb entstanden, weil die „alten“ Organisationen (Parteien, Verbände etc.) die katastrophalen Belastungen und Gefährdungen der industriellen Wachstumsgesellschaft nicht erkannt haben. Nun argwöhnen einige Bürgerinitiativen, die grüne Wahlbewegung würde „der Bewegung“ vorschnell den kulturrevolutionären Schwung nehmen, indem sie sich selbst und andere wieder an die „alten“ Institutionen bindet. Demgegenüber argumentieren DIE GRÜNEN, mit der Wahlbeteiligung wollten sie in erster Linie einen Demonstrationseffekt erzielen (ca. eine Million Wähler bei den Europawahlen) und den „alten“ Institutionen, was die gemeinsamen ökologischen Forderungen angeht, auf die Sprünge helfen. Eine Politik des ökologischen Vorrangs könne nur durchgesetzt werden, wenn es „grüne“ Parlamentarier gebe, die

für das Umgießen des von den Bürgerinitiativen geweckten kritisch-ökologischen Bewußtseins in Gesetze sorgen.

Wie so oft in Deutschland wird aus diesem feinen Meinungsunterschied von einigen „Ideologen“ der „Bewegung“ ein Dogma gemacht, werden Unvereinbarkeiten festgestellt und Sanktionen gegen solche verhängt, die das je-

weils „reine“ Prinzip verlassen. Dies wird sich aber auf lange Sicht abschleifen. Schon jetzt zeichnet sich eine Annäherung zwischen der parlamentarischen und der rein außerparlamentarischen Fraktion ab. Es wird interessant sein zu beobachten, inwieweit bei den Bundestagswahlen Bürgerinitiativen aus der Reserve gehen und offen DIE GRÜNEN unterstützen.

# Politik und Wertwandel in den westlichen Demokratien

## I. Einleitung

Weit verbreitet ist das Gefühl: wir leben in einer Umbruchphase. Tradierte Strukturen und Werte verlieren ihre Selbstverständlichkeit, das Neue dagegen hat noch keine feste Gestalt angenommen. Der Zukunftspessimismus des demoskopisch abgefragten Normalbürgers stimmt mit dem düsteren Charakter wissenschaftlicher oder publizistischer „Zeitanalysen“ und neuerdings auch düsteren Prophezeiungen von Politikern überein. Pessimismus und Angst resultieren aus der mit dem raschen Wandel verbundenen Unsicherheit über die Zukunft.

Der gegenwärtig stattfindende innenpolitische Wandel zeigt ein neues Gesicht. Die gängigen politischen Indikatoren für politische Stabilität zeigen eine Welt, die noch heil scheint: Wahlbeteiligung, Ausmaß der Unterstützung für systemkonforme Parteien, Zustimmung zum demokratischen Regime etc. Gleichzeitig ist — und zwar nicht bei „Systemgegnern“ — viel die Rede von Revolutionen: „lautlose Revolution“ (Ingleharts These vom allmählichen Übergang zu nicht-materiellen Werten)<sup>1)</sup>, „partizipatorische Revolution“ (Kaases u. a. These vom Anwachsen eines qualifizierten und motivierten Partizipationspotentials außerhalb der traditionellen Institutionen), „Kulturrevolution“ (F. J. Strauß' These von der Zerstörung des traditionellen Wertsystems durch die Neue Linke) usw.

Neben dem und im alten Institutionensystem entwickeln sich Probleme, Werte und Verhaltensweisen, die z.T. im Widerspruch zum alten Gehäuse stehen, zumindest aber eine Belastungsprobe darstellen. *Neue Probleme:* Z. B. rufen Technikfragen scharfe politische Kontroversen hervor (Kernenergie, Genmanipulation, neue Medien etc.), wo bisher der „techni-

sche Charakter“ von Fragen identisch war mit ihrem nicht-politischen Charakter<sup>2)</sup>. *Neue Werte:* So werden die auf Arbeit, Leistung, Konsum bezogenen Werte angefochten von auf Kommunikation, Expressivität, Selbstverwirklichung gerichteten Werten. *Neue Verhaltensweisen:* Sie zeigen sich z.B. in der Bürgerinitiativbewegung, die zwar in ihren Zielen heterogen ist, aber einen neuen politischen

### INHALT

- I. Einleitung
- II. Die Abfolge dreier Paradigmen
  - Herrschaftsparadigma
  - Verteilungsparadigma
  - Paradigma der Lebensweise
- III. Erklärung des Paradigmenwandels
  - Methodische Vorüberlegungen
  - Widersprüche gesamtgesellschaftlicher Entwicklung
  - Wertwandel
  - Organisierte Vermittlung: Parteien- und Verbandssystem
- IV. Ausblick

Handlungstyp signalisiert, der nicht-bürokratischen, spontanen, direkten Aktionsformen mehr Chancen verleiht.

Grundlegende Zweifel an der gesellschaftlichen Entwicklung, die Politisierung bisher unpolitischer Probleme, die zunehmende Bedeutung sozialer Bewegungen außerhalb der Institutionen — dies alles führt zu einem neuen Begriff davon, was als „Politik“ gilt. Was Anfang der sechziger Jahre als Politik galt, ist Anfang der achtziger Jahre nicht mehr als ein

<sup>2)</sup> Vgl. z. B. Helmut Schelsky, *Der Mensch in der wissenschaftlichen Zivilisation*, Köln/Opladen 1961.

<sup>1)</sup> Vgl. S. 41.

Bürokratentraum, über den die Geschichte hinweggegangen ist.

Wenn die Grundannahme richtig ist, daß wir in einer Umbruchphase leben, erscheint es sinnvoll, auszuloten, worin das Neue besteht und dabei Ursache und Wirkung voneinander zu trennen. Dafür bieten sich zwei Wege an. Das Nächstliegende ist, das Neue vor allem in der Form der verschiedenen sozialen Bewegungen zu untersuchen<sup>3)</sup>. Dabei gerät aber die Wechselwirkung zwischen den Bewegungen und dem Gesamtsystem, die ja erst sozialen Wandel bewirkt, leicht aus dem Blick. Da das Neue bisher weniger zu neuen Strukturen als zu neuen Orientierungen geführt hat, wird hierfür ein Konzept benötigt, das die subjektive Dimension betont und zugleich eine Systemanalyse ermöglicht. Das Konzept des „politischen Paradigmas“ soll diesem Zweck dienen<sup>4)</sup>. Diese beiden methodischen Ansätze hängen natürlich eng miteinander zusammen, zumal wenn unsere These richtig ist, daß wesentliche politische Veränderungen im letzten Jahrzehnt durch Basisbewegungen, nicht aber von Parteien und Verbänden und die von ihnen bestimmten Parlamente, Regierungen und Staatsverwaltungen verursacht worden sind<sup>5)</sup>.

*Politisches Paradigma soll hier verstanden werden als die in einem System vorherrschende allgemeinste Sichtweise dessen, was primär als Gegenstand und Aufgabe von Politik gilt.* Als Träger dieser Sichtweise interessieren — aufgrund ihrer großen Definitions-

<sup>3)</sup> Vgl. z. B. Detlef Murphy, Frauke Rubart, Ferdinand Müller, Joachim Raschke, Protest. Grüne, Bunte und Steuerrebell. Ursachen und Perspektiven, Reinbek 1979 (rororo aktuell Bd. 4442).

<sup>4)</sup> Dazu ausführlicher Joachim Raschke, Politischer Paradigmenwandel in den westlichen Demokratien, in: Thomas Ellwein (Hg.), Politikfeld-Analysen 1979, Opladen 1980.

<sup>5)</sup> Diese These gilt nur für den Vergleich politischer Akteure. Die wesentlichen Veränderungen, auch für die Politik, gehen auf technisch-ökonomische Innovationen zurück (z. B. Kernenergie, Mikroprozessoren, neue Medien, etc.).

macht — vor allem die politischen Akteure in Parteien, Verbänden, Parlamenten, Regierungen.

Der Versuch wird im folgenden darin bestehen, die Verschiedenheit der Ideologien und die Vielfalt inhaltlicher Aussagen hinter der gemeinsamen Elementen der Politikansicht unterschiedlicher politischer Gruppierungen zu rücktreten zu lassen. Während der Geltung eines Paradigmas ist die Öffentlichkeit in Anspruch genommen von der Auseinandersetzung zwischen kontroversen Ideologien und politischen Forderungen, unterstützt von der streitenden Parteien, die schon zum Zwecke der Mobilisierung das Trennende betonen. Die stillschweigende und oft unbewußte Übereinstimmung der relevanten politischen Kräfte über einige grundlegende Elemente der Welt bzw. Politikansicht findet öffentlich häufig erst dann Aufmerksamkeit, wenn ein herrschendes Paradigma in Frage gestellt wird.

Welchen Nutzen kann eine solche politische Paradigmenanalyse haben?

— *Sie stellt einen Versuch dar, das scheinbar unvereinbare Neue auf einen Begriff zu bringen und das Gemeinsame der vielfältigen neuen Erscheinungsformen von Politik in den letzten Jahren zu erfassen.*

— *Dieser Untersuchungsansatz kann Fragestellungen erschließen, die es erlauben, den gesellschaftlich-politischen Umbruch, in dem wir uns heute und wahrscheinlich für lange Zeit befinden, gezielt, systematisch und begleitend und nicht nur — wie meist — nachträglich erklärend zu untersuchen.*

— *Die Paradigmenanalyse kann dazu beitragen, die Kommunikationsstörungen, die in der öffentlichen Debatte zwischen Vertretern unterschiedlicher Ordnungsvorstellungen bestehen (z.B. im Gespräch des Bundeskanzlers mit BBU-Vertretern), zu erklären und bewußt zu machen. Dadurch werden die Gegensätze zwar nicht überwunden, die Debatte aber möglicherweise transparenter.*

## II. Die Abfolge dreier Paradigmen

### Das Herrschaftsparadigma

Infragestellung und Verteidigung der institutionalisierten ökonomischen und politischen Machtzuweisung war der Angel- und Bezugspunkt der politischen Aktivitäten seit der Entstehung moderner, organisierter Parteiensysteme, und er blieb es bis nach dem Zweiten Weltkrieg. Ökonomische und staatlich-politische Herrschaft wurden dabei in einem engen Zusammenhang gesehen.

Die Frage der staatlichen Herrschaftsordnung spaltete sowohl die — im weitesten Sinne — bürgerlichen wie die — im weitesten Sinne — sozialistischen Kräfte und brachte zugleich diese beiden Hauptgruppen in Widerspruch zueinander. Die Optionen reichten auf der Rechten bis zur absolutistischen Monarchie bei den Altkonservativen, der autoritären Diktatur bei den Deutschkonservativen und der totalitären Diktatur bei den Faschisten, auf der Linken bis zu einem Volksgesetzgebungsstaat, der Rätedemokratie oder der kommunistischen Diktatur. Der Kompromiß sozusagen bestand in der parlamentarischen Demokratie als einer demokratische und oligarchische Elemente verbindenden Regierungsform. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg wurde dieser Kompromiß von allen relevanten politischen Kräften akzeptiert (als Nachzüglern auch von den Eurokommunisten).

Dagegen bleiben die beiden gesellschaftlichen Hauptkräfte in ihren Auffassungen über das ökonomische Herrschaftssystem gespalten. Aristokratisch-konservative ebenso wie bürgerlich-liberale und auch bürgerlich-konfessionelle Gruppen verteidigen das Privateigentum an Produktionsmitteln als den Grundpfeiler des bestehenden Gesellschaftssystems; sozialistische Gruppen sehen in deren Vergesellschaftung den Schlüssel für die gesellschaftliche Umwälzung.

Illustrieren wir dies in einigen — wahrscheinlich unverantwortlich knappen — Strichen am deutschen Beispiel:

Das durch die industrielle Revolution entstandene städtische Proletariat wurde wichtigster Träger der sozialistischen Partei(en), die als Parteien der Offensive zwar nicht die reale Po-

Die drei hier unterschiedenen Paradigmen drücken Dimensionen von Politik aus, die zu unterschiedlichen Phasen das Politikverständnis bestimmt haben. „Politisches Paradigma“ ist also immer eine Reduktion dessen, was unter Politik verstanden werden kann<sup>6)</sup>. In jeder Periode werden auch die jeweils anderen Dimensionen von Politik thematisiert, sie sind aber nicht vorherrschend im Rahmen der öffentlichen Diskussion und bleiben inhaltlich auf die herrschende Sichtweise von Politik bezogen.

Der zeitliche Bezug auf die vergangenen hundert Jahre ist damit zu begründen, daß im letzten Drittel des 19. Jh. der Prozeß grundlegender, d. h. letztlich ein Massenpublikum einschließender Wahlrechtsreformen stattfindet, im Zuge derer ein Ausbau der Parteiorganisation vor sich geht mit dem wichtigsten Ziel der Wählermobilisierung, und sich schließlich eine Politisierung (auch im Sinne einer Polarisierung), Organisierung (z. B. Parteipresse) und Ausdehnung der Öffentlichkeit durchsetzt. Diese verbreiterte, organisierte und politisierte Öffentlichkeit war der Raum, in dem sich die Parteien gegenüber den Wählern durch Bestimmung von politischen Streitfragen und Verbreitung einer politischen Sichtweise um eine dauerhafte Mobilisierung und Bewußtseinsbildung bemühten.

Die drei hier unterschiedenen Paradigmen haben nicht die gleiche Wertigkeit. Die Kontinuität vom ersten zum zweiten Paradigma erscheint stärker, der Bruch beim Übergang zum Lebensweise-Paradigma fundamental. Beim Übergang vom Herrschafts- zum Verteilungsparadigma findet eine Einengung der politischen Sichtweise und der Reichweite politischer Forderungen statt; wesentliche Systemgrundlagen wie Industrialismus oder Fortschrittsdenken bleiben bestehen. Dagegen stellt der Bruch, der sich mit dem Aufkommen des Lebensweise-Paradigmas abzeichnet, bisher kaum problematisierte Grundlagen des Gesellschaftssystems in Frage.

<sup>6)</sup> Hier ergeben sich übrigens Möglichkeiten einer historisch breiter angelegten und stärker intentionale Momente herausarbeitenden Interpretation des Non-decision-Konzepts.



litik, aber die öffentliche Debatte vor dem Ersten Weltkrieg nachhaltig prägte(n). Die eigentlichen Themen der Sozialdemokratie waren Demokratisierung des Staates (Wahlrechtsreform, Parlamentarisierung, Volksgesetzgebung) und Vergesellschaftung der Produktionsmittel (Sozialisierung und Planung). Ökonomische und politische Umwälzung sollten eng aufeinander bezogen sein, da die wichtigste Funktion des bürgerlichen Staates in seiner Sicherung privatkapitalistischer Produktionsverhältnisse gesehen wurde. Wie es im Erfurter Programm der deutschen Sozialdemokratie heißt: „Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist notwendigerweise ein politischer Kampf ... Sie kann den Übergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.“

Die sehr begrenzten Einflußmöglichkeiten der Parteien im Regierungssystem des Kaiserreichs haben — nicht nur für die Sozialdemokraten — zu einem eigentümlichen Dualismus der Politik geführt. Die „eigentliche“ Politik-sphäre, d.h. das, was die Parteien von ihren ideologischen Grundpositionen aus für das wichtigste hielten, wurde auf öffentliche Debatte, Agitation und Wahlkämpfe abgedrängt, während das staatliche Entscheidungssystem auf einen Politikbereich konzentriert war, in dem es — innenpolitisch — um die Entfaltung (z.T. auch den Schutz) der Produktivkräfte ging (Steuer-, Infrastruktur-, Bildungs-, Sozial-, Arbeiterschutzgesetzgebung etc.). Der Dualismus spiegelt sich noch in der Programmatik (die zwei Teile des Erfurter Programms) und Praxis der Sozialdemokratie deutlich wider.

Die Weigerung, die politische Organisation der Arbeiterklasse zu legitimieren und ihre effiziente ökonomische Organisation zuzulassen (Koalitionsrecht), macht ebenso wie Partei- und Wahlprogramme der bürgerlich-liberalen (in ihrem überwiegenden Teil) und der agrarisch-konservativen Kräfte deutlich, daß sie die Herausforderung an das Herrschaftssystem angenommen hatten. Da eine direkte Reaktion die Legitimität des bestehenden Systems in Frage gestellt hätte, bedienten sich die herrschenden Gruppen gleichsam indirekter Antworten: a) Repression (Sozialisten- und Vereinsgesetzgebung, Polizeieinsatz), b) mate-

rielle Integration (Sozialgesetzgebung), c) ideologische Integration (Betonung übergreifender, sich mit Staat und Gesellschaft identifizierender Ideologien wie Nationalismus, Imperialismus und Religion, Zurückweisung der Klassenthemen etc.). Diese Aussage bedürfte sicherlich der genauen Differenzierung zwischen den verschiedenen liberalen, konservativen und christlichen Gruppen, die den gesellschaftspolitischen Status quo verteidigten; kennzeichnend für die weitere Entwicklung sind aber die Tendenzen der Konvergenz im Bereich der herrschaftstragenden Gruppen und der Polarisierung zwischen diesen und den sozialistischen Kräften.

Partei- und Parteitagdiskussion, Demonstrationen (der Sozialdemokraten in der Wahlrechtsfrage), Wahlkämpfe und kontinuierliche Agitation drücken stärker als die im Parlament, Regierung und Verwaltung bearbeiteten politischen Streitfragen das aus, was die Parteien eigentlich wollten. Dies wird für die Sozialisten deutlich, sobald die restriktiven Bedingungen des kaiserlichen Regierungssystems mit der Revolution von 1918/19 beseitigt wurden. Die beiden Hauptfragen waren nun die Organisation des Staates (Räte-system oder parlamentarisches System) und die Sozialisierung. Daß die Sozialdemokraten darauf in Konzept und Handlungswille schlecht vorbereitet waren, spricht nicht gegen die These vom Herrschaftsparadigma, sondern verdeutlicht noch einmal die schon angesprochene Kluft zwischen (revolutionärer) Ideologie und Propaganda und (reformistischer) Praxis. Die Entschärfung der politischen Herrschaftsfrage seitens der Sozialdemokraten (jedenfalls ihrer Mehrheit) in der Weimarer Republik blieb verbunden mit der weiteren Thematisierung der ökonomischen Herrschaftsfrage. Zwar verringerte sich die Reichweite der Sozialisierungsforderung bei den Sozialdemokraten immer mehr (sie wurde zu einer gesellschaftlichen Teilreform), aber noch bei der Wandlung zur Volkspartei in den fünfziger Jahren war dies der springende Punkt beim sozialdemokratischen Abschied vom Herrschaftsparadigma (man kann auch sagen: von dem, was davon noch übrig geblieben war).

Dagegen versuchten die Kommunisten und Linksozialisten die Linie des eng miteinander

verbundenen ökonomischen und politischen Herrschaftswandels fortzuführen. Historisch wichtiger wurde allerdings das Interesse des bürgerlichen Bereichs an einer Reorganisation der politischen Herrschaft, das sich in der Etablierung autoritärer und faschistischer Regime ausdrückte.

Versuchen wir nach diesem kurzen historischen Rekurs Strukturelemente des *Herrschaftsparadigmas* zu benennen:

1. Aufgabe der Politik ist die optimale Entwicklung der Produktivkräfte im industriellen System. Der allseits begrüßte technische Fortschritt entwickelt sich autonom im kapitalistisch-industriellen System. Er ist in seiner konkreten Gestalt sowohl aus der staatlichen Beeinflussung wie aus der kontroversen Debatte ausgeklammert.

2. Die optimale Entfaltung der Produktivkräfte halten die bürgerlichen Kräfte nur in einem privatwirtschaftlichen, die sozialistischen Kräfte nur in einem sozialistischen System für möglich. Deshalb steht für beide die Herrschaftsfrage im Mittelpunkt des Interesses.

3. Alle anderen Bereiche der Politik bleiben, so wichtig sie für die reale Staatstätigkeit sind, in einer Zu- und Unterordnung hinsichtlich der Herrschaftsfrage.

Als zentrale Themen in der politischen Auseinandersetzung wären hervorzuheben:

1. Demokratisierung des Staates (Wahlrechtsreform, Parlamentarisierung etc.).

2. Vergesellschaftung der Privatwirtschaft (Sozialisierung, Planung, Ausbau staatlicher Kontrollen etc.).

Die Orientierung auf die Herrschaftsfrage hat andere Dimensionen von Politik zurückgedrängt. Die Verteilungsfrage wurde natürlich in vielfältiger Form vor allem vom politisch-administrativen System behandelt, sie blieb aber auf die Herrschaftsfrage zugeordnet und damit jeweils ein zusätzlicher Beleg für die Berechtigung und Lebenskraft oder für die Überlebtheit des Herrschaftssystems<sup>7)</sup>. Das Gleiche gilt für die Lebens- und Arbeitsverhältnisse. Zudem war für die marxistisch inspirierte Arbeiterbewegung die Annahme charakteristisch, die sozialistische Zukunft sei, vor allem was die Gestaltung der konkreten Lebensver-

hältnisse des Menschen angehe, nicht vorweg (d. h. vor Machtübernahme) planbar.

## Das Verteilungsparadigma

Die Erfahrungen der Europäer mit dem Faschismus wie mit dem stalinistischen Kommunismus ließen das Interesse an Experimenten mit der politischen Herrschaftsordnung nach dem Zweiten Weltkrieg verschwinden. Die parlamentarische Demokratie wurde der von den relevanten politischen Kräften getragene Normalfall politischer Herrschaftsordnung. Politische Macht wurde von einer Herrschafts- zu einer (Macht-) Verteilungsfrage: Gewinnung eines möglichst großen Machtanteils, wachsendes Interesse an Regierungseteiligung und — in diesem Zusammenhang — zunehmende Koalitionsbereitschaft. Die Machtbeteiligung mit schlechtem Gewissen (Weimarer SPD!) war nicht mehr anzutreffen.

Da zu den gemeinsamen Grundauffassungen der relevanten politischen Kräfte neben Nationalstaat und Industriesystem das Prinzip der (parlamentarischen) Demokratie getreten war, erstreckte sich nun Politik wesentlich auf die Gestaltung des sozioökonomischen Bereichs. Hier vollzog sich der entscheidende Wandel von einem nur Rahmen setzenden und schwach intervenierenden zu einem sich für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung im kapitalistischen Rahmen verantwortlich machenden und sich um Steuerung bemühenden Staat. Die ökonomische Herrschaftsfrage wurde durch ein Programm von Wachstum und Verteilung stillgelegt.

In der traditionellen liberalen Ideologie waren Wachstum und allgemeine Wohlfahrt als notwendige Folgen eines privat-kapitalistisch organisierten Wettbewerbs gedacht. Tatsächlich war das Wachstum nicht nur mäßig (z. B. betrug der durchschnittliche Zuwachs des realen Sozialprodukts pro Kopf in Deutschland von

<sup>7)</sup> Z. B. ist die verteilungspolitische Frage der Bildungspolitik unter Geltung des Herrschaftsparadigmas im Kaiserreich auf den Herrschaftsaspekt bezogen: das dreigliedrige Schulsystem wird als Mechanismus zur Stabilisierung ökonomischer und politischer Herrschaft verstanden, wie auch die alternativen bildungspolitischen Strategien den Bezugspunkt der Herrschaft im Auge haben, was schlagwortartig in der Parole der Arbeiterbewegung „Wissen ist Macht“ anklingt.

1850 bis 1913 1,6 Prozent), sondern auch immer wieder durch Krisen unterbrochen. Vor allem die Weltwirtschaftskrise am Ende der zwanziger Jahre stellte eine Zäsur dar. Sie forderte entweder eine neue Herrschaftsordnung oder eine Neuorientierung und -organisation im Rahmen der alten Herrschaftsordnung heraus. Die in der Nationalökonomie entstehenden Wachstumstheorien (Keynes), New Deal und westeuropäische Wohlfahrtsstaaten nach 1945 waren Antworten in der zweiten Richtung.

Neu ist dabei nicht die Wachstumsorientierung als solche (sie ist immanenter Bestandteil des kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems), sondern deren Übernahme in eine zwar keineswegs umfassende, aber verglichen mit der vorhergehenden „liberalen Demokratie“<sup>8)</sup> qualitativ veränderte staatliche Verantwortung<sup>9)</sup>. Ökonomischer Wiederaufbau und große Fortschritte in der Produktivkraftentwicklung ermöglichten ein in der bisherigen kapitalistischen Entwicklung beispielloses Wachstum (die jährliche Zuwachsrate betrug in der Bundesrepublik von 1950 bis 1975 4,6 Prozent), das ohne einen neu organisierten, erheblich verstärkten, in seinen Aufgaben verbreiterten und vertieften, die Zusammenarbeit mit Wirtschaft und Wissenschaft verstärkenden Staatsapparat nicht möglich gewesen wäre.

Funktionen und Widersprüche des kapitalistischen Wohlfahrtsstaates, der Wandel seiner politischen Aufgaben und die Veränderungen der politischen Struktur sind bereits umfassend untersucht worden<sup>10)</sup>, so daß wir uns hier weitere Ausführungen sparen können. Kurz hinzuweisen wäre noch auf den Wandel der Parteien, die nach wie vor wesentlichen Anteil an der Gestaltung der öffentlichen Debatte haben. Die Entwicklung zur Volkspartei spiegelt den Schritt vom Herrschafts- zum Verteilungskonflikt genau wider. Kirchheimer und später Agnoli haben in der Ausklammerung von Herrschaftsfragen und in der Ausschließ-

lichkeit von Verteilungsfragen zu Recht den Kern parteipolitischen Wandels gesehen.

Die Entwicklung zum Wohlfahrtsstaat ist eine universelle Tendenz in den westeuropäischen Gesellschaften nach 1945, ob sie nun wesentlich vorangebracht wurde durch sozialdemokratische Regierungen (wie in Großbritannien und den skandinavischen Staaten) oder durch bürgerliche Regierungen (wie in Frankreich, Italien und der Bundesrepublik) und ob programmatisch die bürgerlichen Parteien (wie z. B. in der Bundesrepublik) oder die sozialdemokratischen Parteien (wie z. B. in Schweden) vorangingen. Der Sozialstaat war die Form eines Klassenkompromisses, die — kontinuierliches ökonomisches Wachstum vorausgesetzt — allen Seiten als die eleganteste Lösung des Herrschaftskonflikts erschien. Sie ersparte bürgerlichen und sozialdemokratischen Parteien riskante politische Strategien, erhielt das kapitalistische Wirtschaftssystem, versuchte es aber mit Hilfe des Staates durch Wachstums- und Verteilungspolitik einer größeren Zahl von Menschen nutzbar zu machen. Dies kann als ein von den großen gesellschaftlichen Gruppen und den relevanten politischen Parteien getragener Gesellschaftsvertrag verstanden werden, der zugleich die politischen Aufgaben der auf dieser Grundlage operierenden Politiker umreißt.

Zusammenfassend lassen sich vier Strukturelemente des *Verteilungsparadigmas* nennen:

1. Ökonomisches Wachstum ist oberstes Ziel staatlicher Tätigkeit. Förderung technischer wissenschaftlicher Innovationen, Schaffung von Märkten etc. sind dafür unabdingbare Voraussetzungen.
2. Wachstum ist prinzipiell unbegrenzt, kann durch staatliche Aktivitäten verstetigt werden und ist der Hebel zur Lösung der wichtigsten gesellschaftlichen Probleme (Arbeitslosigkeit und „Armut“) und die Bedingung für Reformen.
3. Die alle Gruppen berücksichtigende Verteilung des Wachstums ist Bedingung des sozialen Friedens und der Legitimität des politischen Systems. Die besondere Berücksichtigung der eigenen Klientel erhöht die Legitimität der eigenen Organisation.

<sup>8)</sup> Maurice Duverger, *Demokratie im technischen Zeitalter. Das Janusgesicht des Westens*, München 1973.

<sup>9)</sup> Vgl. Knut Borchardt, *Perspektiven der Wachstumsgesellschaft*, in: Klaus von Beyme u. a., *Wirtschaftliches Wachstum als gesellschaftliches Problem*, Königstein 1978, S. 157 ff.

<sup>10)</sup> Für viele Wolf-Dieter Narr, Claus Offe (Hg.), *Wohlfahrtsstaat und Massenloyalität*, Köln 1975.

4. Zentralismus ist die effizienteste ökonomische, technische und politische Organisationsform.

Zentrale politische Themen waren/sind Fragen vor allem aus den folgenden Bereichen:

1. Wachstumspolitik
2. Sozialpolitik
3. Steuerpolitik
4. Vermögenspolitik
5. Bildungspolitik

### Das Paradigma der Lebensweise

Neue politische Streitfragen und neu entstehende soziale Bewegungen signalisieren, falls sie sich nicht im Rahmen des alten Paradigmas angemessen interpretieren lassen, zumindest die Möglichkeit der Heraufkunft eines neuen gesellschaftlichen Interpretationssystems, das andere Probleme als bisher in den Mittelpunkt von Politik rückt.

Die „Grenzen des Wachstums“ wurden in den siebziger Jahren zum öffentlich erörterten Problem. Dabei ist weniger an die Verlangsamung der Wachstumsraten zu denken und weniger an die konjunkturelle Krise 1974/75, die „nur“ die Verteilungskämpfe im Rahmen des alten Paradigmas verstärkten. Der dramatische Anstieg der Erdölpreise seit 1973 und Tendenzen der Marktsättigung, Phänomene also, die auf strukturelle Wachstumsprobleme hinweisen, spielen bei der Erklärung der Rezession 1974/75 zwar eine Rolle, sie sind aber nicht die entscheidenden Determinanten. Die neue Dimension liegt in der öffentlichen Antizipation der — um es zunächst vorsichtig zu formulieren — Wahrscheinlichkeit struktureller Grenzen des ökonomischen Wachstums in den Industriestaaten vor allem aufgrund zunehmender Rohstoff- und Energieverknappung und Umweltzerstörung.

Erstmals in der Geschichte der westeuropäischen Parteiensysteme wurde die Planung und Ausführung industrieller Großprojekte ein kontroverser Punkt. Damit richtete sich die öffentliche Debatte auf einen Bereich, der bis dahin autonomer Gestaltungsbereich von Ökonomen und Technologen war (eine Ausnahme gibt es lediglich für den militäri-

schen Bereich: die Atomwaffendiskussion der fünfziger und sechziger Jahre). Die Kernkraftdebatte ist nicht nur das spektakulärste Beispiel in diesem Bereich, sondern sie betrifft gleichzeitig eine fundamental wichtige Streitfrage, da über diese Frage die Weichen für die weitere gesellschaftliche Entwicklung in einem langen Zeitraum gestellt werden.

Schließlich sind die durch die ökologische Fragestellung bestimmten Themen zu nennen, die seit Anfang der siebziger Jahre in die Politik der Bundesrepublik Eingang finden. Beginnend mit traditionell orientiertem Umwelt- und Naturschutz haben sich hier im Laufe der Jahre umfassendere und komplexere Politikalternativen entwickelt, die sich nicht mit der Bearbeitung von Folgen des industriellen Wachstums begnügen, sondern Ökologie als den Angel- und Widerstandspunkt gegen weiteres unkontrolliertes industrielles Wachstum verstehen.

Bürgerinitiativ-, Kernkraft-, Ökologie-, Alternativer-Lebensstil-Bewegungen sind Beispiele für — sich überschneidende — soziale Bewegungen, die historisch relativ neuartig sind, da sie einen Fundamentalkonflikt thematisieren, dies aber nicht (noch nicht, überwiegend nicht, nicht direkt) in Form eines Herrschaftskonflikts tun, — und gerade dadurch den Herrschenden besondere Schwierigkeiten bereiten.

Im Zusammenhang mit dem Paradigmenkonzept ist zunächst zu fragen: Was ist das gemeinsame Neue der angesprochenen Themen und Bewegungen? Beinhaltet einer dieser Ansätze in sich alle anderen neuen Problemdimensionen oder liegt der gemeinsame Nenner auf einer Ebene, die mit diesen drei Ansätzen noch nicht unmittelbar angesprochen ist?

„Grenzen des Wachstums“ erscheint, gerade in der Gegenüberstellung zum (noch) herrschenden Wachstumparadigma, als ein denkbar breiter Ansatz. Die Konfrontation mit Wachstumsgrenzen kann aber zu sehr unterschiedlichen Reaktionen führen. Mobilisierung neuer (technologischer) Mittel zur Wachstumsförderung oder Management des Mangels auf der Grundlage bestehender Strukturen sind mögliche Reaktionen, die nur begrenzte Veränderungen in Einstellungs- und Verhaltensweisen oder Organisationsformen notwendig machen.

Zudem umfassen die „Grenzen“ auch aus kritischer Sicht nicht das Wachstum der kulturellen und sozialen (nicht materiellen) Leistungen eines Systems.

Die Kritik an der gegenüber gesellschaftlichen und individuellen Zwecken verselbständigten Großtechnik steckt zumal hierzulande in den Anfängen und kann für eine politisch erfolgreiche Strategie wohl erst dann wirksam werden, wenn es wenigstens in Umrissen gelingt, ein für die gesamte Gesellschaft tragfähiges Modell alternativer Technik zu entwickeln.

Der ökologische Ansatz baut auf Annahmen über die Notwendigkeit der Begrenzung industriellen Wachstums und auf Forderungen nach alternativen Technikformen auf, geht aber konzeptionell weit darüber hinaus und schlägt einen Ansatzpunkt vor, von dem her gesellschaftliche Neugestaltung als möglich erscheint. Auch hier fehlt es aber nicht zuletzt an plausibel zu machenden Übergangsprogrammen.

Drei Gründe sprechen m. E. dagegen, über einen dieser Ansatzpunkte allein das neue Paradigma zu definieren:

1. Wachstum, Technik und Ökologie sind zwar untereinander stark miteinander verbundene, letztlich aber nur unterschiedliche Problemdimensionen ansprechende Faktoren, die der Integration bedürfen. „Krise des Industriesystems“ ist zwar als Zusammenfassung des heute fragwürdig Gewordenen zutreffend, nur wird damit nicht die Alternative oder auch nur deren Ansatzpunkt deutlich — ein nicht- oder anti-industrielles System ist es gewiß nicht.

2. Wachstum, Technik und Ökologie entbehren ohne weitere Vermittlung mit Wertperspektiven der Eindeutigkeit und sind so entweder in das herrschende Paradigma mindestens teilweise integrierbar oder ergeben erst im Zusammenhang mit anderen Variablen ein alternatives Politikprogramm.

3. Der entscheidende Grund besteht aber darin, daß es sich bei den drei Faktoren um Systemstrukturen handelt. Das Charakteristikum des sich abzeichnenden neuen Paradigmas besteht aber m. E. in einer Rückbewegung von Systemstrukturen und Systemdenken zum Individuum und seinen Bedürfnissen als primärem Ansatzpunkt von Politik.

Die nachlassende Überzeugungskraft von Systemstrukturen und Systemideologien scheint, sehr allgemein gesprochen, als die wichtigste Ursache der Bewegung in Richtung eines neuen Paradigmas, das die Welt vom Individuum her aufzubauen versucht. Das erscheint natürlich naiv für diejenigen, die das Denken und Operieren in hochkomplexen Systemstrukturen nicht nur zu ihrem Beruf gemacht haben, sondern dies auch für eine große gesellschaftliche Errungenschaft halten. Industriesystem, Kapitalismus, aber auch Sozialismus und Demokratie, wenn sie von Funktionserfordernissen dieser Systeme und nicht von den Bedürfnissen des Individuums her konzipiert werden, gehören zu diesen problematisch gewordenen Systemstrukturen und -ideologien, die an Dynamik und Überzeugungskraft eingebüßt haben. Ich meine auch, daß Ökologie heute politisch nicht als Rahmen für ein neues Systemdenken interessant ist, sondern daß ökologische Zusammenhänge politisch vor allem zur Begründung einer anderen Lebensweise des Menschen relevant werden. Alle Herausforderungen führen letztlich zu der Frage: wie will und wie kann der Mensch in Zukunft leben?

Die beiden früheren Paradigmen standen unter der Annahme, daß eine erfolgreiche Bearbeitung des jeweils wichtigsten politischen Ansatzpunktes (Herrschaft, Wachstum und Verteilung) bestimmte gewünschte Folgen bei den Individuen haben würde. Die Erfahrung, daß dies nicht so ist, daß z. B. Wachstum und Verteilung nicht notwendig zu mehr Lebensqualität führen, verursacht Mißtrauen gegenüber dem System und bewirkt neues Vertrauen in die Individuen und ihr Zusammenwirken.

Die Situation ist paradox: Zum einen wird durch die verschiedenen Erscheinungsformen der Überlebenskrise (Ressourcenverknappung, ökologischer Kontext) ein Denken in Systemzusammenhängen und die praktische Beherrschung einer größeren Komplexität und Interdependenz der Systemfaktoren noch notwendiger als bisher, auf der anderen Seite steht die Negierung von Systemzusammenhängen, die — unabhängig von der ideologischen Orientierung — dem einzelnen als Diktat des Systems, als „Systemzwänge“ gegenüber übertreten. Die Zurückweisung von System-

anforderungen zeigt sich einerseits als Aussteigen aus dem System, andererseits — dort wo konstruktive politische Ansätze erkennbar sind — als Rückwendung auf das Überschaubare und dem Individuum Nahe: politische Aktivität im lokalen Bereich (Bürgerinitiativen), Veränderung der eigenen Lebensgewohnheiten<sup>11)</sup>, Wiederentdeckung von „Heimat“<sup>12)</sup>, Regionen und Dialekten, Suche nach Solidargemeinschaften (Kooperativen, Wohngemeinschaften) etc.

Die Rückwendung zum Individuum geht charakteristischerweise einher mit Analysen und Aussagen über die Bedürfnisse des Menschen.

„Lebensweise“ ist eine umfassende gesellschaftliche Struktur, die von Bedürfnissen, Werthaltungen und Aktivitäten des Individuums her aufgebaut wird. Die Produktionsweise des ökonomischen Systems, die Organisationsweise des politischen Systems und die Einordnungsweise in das ökologische System sind durch dieses Konzept angesprochen, aber so, daß der Mensch in seinen vielfältigen Lebensbeziehungen unmittelbar der Bezugspunkt für Politik bleibt. Durch den Begriff der Lebensweise soll ein möglichst umfassendes, seinen relevanten gesellschaftlichen Bereich ausschließendes Konzept eingeführt werden, das schon semantisch den dominanten Bezugspunkt verdeutlicht: die Lebensgestaltung des Individuums. Dieser Begriff wäre bei weiterer Entfaltung von individualistischen Mißverständnissen eines frei schwebenden Individuums ebenso abzugrenzen wie von totalitären Mißverständnissen im Sinne verbindlicher staatlicher Entscheidungen über konkrete Lebensweisen. Es geht um demokratische Willensbildung und Entscheidung über einen an menschlichen Bedürfnissen orientierten Rahmen, innerhalb dessen unterschiedliche Lebensformen frei gewählt werden können.

Zwei Gründe sprechen zusätzlich für diesen Begriff. Einerseits können damit Zweifel ausgedrückt werden hinsichtlich der durchgängigen Beeinflussung gesellschaftlicher und politischer Strukturen durch Produktionsverhält-

<sup>11)</sup> Für viele Karl Ernst Wenke, Horst Zilleßen (Hg.), *Neuer Lebensstil — verzichten oder verändern?* Auf der Suche nach Alternativen für eine menschlichere Gesellschaft, Opladen 1978.

<sup>12)</sup> Vgl. Ina-Maria Greverus, *Auf der Suche nach Heimat*, München 1979.

nisse und -formen, andererseits wird dadurch der größere unabhängige Stellenwert der Reproduktionssphäre und der Verkehrsformen berücksichtigt, die gerade in den neuen sozialen Bewegungen der vergangenen Jahre sichtbar werden und die eben nicht an den Produktions- und nicht an den Herrschaftsverhältnissen unmittelbar ansetzen. Ohne Zweifel kann ein zu Ende gedachtes und geführtes Paradigma der Lebensweise die Produktions- und Herrschaftsverhältnisse nicht ausklammern, Anlaß und unmittelbare Motivation für den aktuellen Protest waren aber nicht hier zu suchen.

Eine Zusammenfassung der Strukturelemente des *Lebensweise-Paradigmas* bietet folgendes Bild:

### *Strukturelemente*

1. Ausgangspunkt und Ziel politischen Handelns ist die Lebensweise des Menschen, definiert in bezug auf Gesellschaft und/oder Natur. Bestehende Strukturen und Veränderungen werden daraufhin befragt, was sie für den Menschen real und unmittelbar bedeuten.
2. Menschliche Bedürfnisse und/oder Gleichgewichtsbeziehungen gegenüber der Natur sind Bezugspunkte für die Bestimmung angemessener Lebensweisen.
3. Das materielle Wachstum wird aus humanen und/oder ökologischen Gründen begrenzt.
4. Technisch-wissenschaftlich-ökonomische Prozesse werden vorab mit Kriterien humaner Bedürfnisse und/oder einer ökologisch orientierten Lebensweise kontrolliert.
5. Die Rückkehr zu kleinen/mittleren gesellschaftlichen, ökonomischen, technischen und politischen Einheiten wird angestrebt (Dezentralisierung).

### *Zentrale politische Themen*

1. Begrenzung des industriellen Wachstums
2. Technikfragen
3. Ökologiefragen etc.

Aus diesen Formulierungen mag deutlich werden, daß das Paradigma der Lebensweise nicht als zeitlos mißverstanden werden darf. Es entwickelt sich in einer historischen Situation, in

der sich das Bewußtsein verbreitet, daß die Grenzen des gesellschaftlich nützlichen industriellen Wachstums und der Naturzerstörung erreicht sind, und in der viele feststellen, daß weder das Industriesystem noch das System des wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus aus sich heraus zu Antworten auf die Krise in der Lage sind.

Die Formulierung der Strukturelemente des neuen Paradigmas wurde hinsichtlich der Motivation offen gehalten. Gesellschaftlich vermittelte Bedürfnisse des Menschen und Neudefinition menschlicher Wertorientierungen und Verhaltensweisen im ökologischen Rahmen sind dabei die zentralen Bezugspunkte des Lebensweise-Ansatzes. Letztlich sind beide nicht voneinander zu trennen, sie überschneiden sich auch häufig in der politischen Realität, sind aber dennoch voneinander zu unterscheiden (im Rahmen der Protestbewegung liegen hierin z. T. Unterschiede zwischen „buntem“ und „grünem“ Protest).

*Der heuristische Nutzen des neuen Paradigmas soll dreifach überprüft werden:*

a) Eignet es sich zu einer Interpretation neuer Erscheinungsformen der Politik während der letzten zehn Jahre?

b) Kann das Aneinandervorbeireden selbst bei der Diskussion über dasselbe Thema durch das Vorhandensein unterschiedlicher Paradigmen erklärt werden?

c) Lassen sich innerhalb des neuen Paradigmas linke und rechte Alternativen unterscheiden, so daß auch dieses Paradigma eine Abstraktion von Gegensätzen und nicht nur eine spezifische ideologische Position ausdrückt?

#### **a) Interpretation politischer Veränderungen**

Ich möchte behaupten, daß es in der Bundesrepublik seit der *Studentenbewegung* eine politische Strömung gibt, in der Politik — im Sinne des dritten Paradigmas — von der Lebensweise des Menschen her aufgebaut wird. Initiierende Basisbewegung und vermittelnde (Teil-) Institutionen des politischen Systems stehen dabei in einer engen Beziehung zueinander.

Was von der Studentenbewegung fortwirkte, waren nicht die unmittelbare Infragestellung der politisch Herrschenden, sondern die kulturevolutionären Innovationen (nicht die Rä-

teparole, sondern Kommune und Kinderladen). Seit Ende der sechziger/Anfang der siebziger Jahre ist — als Ertrag der Studentenbewegung — in vielen gesellschaftlichen Bereichen ein deutlicher Wertewandel zu erkennen: Frauenemanzipation, Liberalisierung der Kindererziehung, erste Relativierung des leistungs- und leistungsbezogenen Wertesystems etc.

Die sozialliberalen Teile des politischen Systems reagierten — abgesehen von der ausgeübten Repression —, indem sie die herrschaftsbezogenen Programmelemente aufgriffen, ihnen aber eine Wendung in Richtung Lebensweise-Paradigma gaben: Demokratisierung als Versuch, dem Bürger in seinen unmittelbaren Lebensbereichen mehr Transparenz und Einwirkungschancen zu verschaffen — die partizipatorische Dimension von Lebensqualität. Meine These ist, daß die Lebensqualität-Diskussion, die in der ersten Hälfte der siebziger Jahre von bestimmten Trägern des politischen Systems (SPD, Gewerkschaften) geführt wurde, ihre Motivation aus einer allmählichen gesellschaftlichen Verbreiterung der Konsum- und Wachstumsskepsis zog — Fortwirken der von der Studentenbewegung öffentlich gemachten Kulturkritik. Die Lebensqualität- und — im sozialwissenschaftlichen Bereich — die Soziale-Indikatoren-Debatte erlaubten zum ersten Mal innerhalb des etablierten politischen Systems eine Infragestellung der industriellen Wachstumsperspektive — wengleich die öffentliche Präsentation oft eher als ideologisches Etikett wirkte ohne Inangriffnahme und Herausarbeitung der Konflikte, die ein konsequent verfolgtes Lebensqualitätskonzept notwendig für die herrschenden Wachstumsziele bedeutet. Entsprechend rasch war die Debatte in der neuaufbrechenden Wirtschaftskrise Mitte der siebziger Jahre beendet.

Die Anfang der siebziger Jahre begonnene Debatte über Grenzen des Wachstums und Umweltzerstörung hat Stoßkraft erst durch die Kernkraft- und Ökologiebewegung erhalten. Die sozialliberalen Kräfte kommen auch hier als Vermittler in das etablierte Institutionensystem in Frage — ohne daß sie bisher d

<sup>13)</sup> Vgl. Peter Kmiecik, Wertstrukturen und Wertewandel in der Bundesrepublik Deutschland, Göttingen 1976.

für besonders viel getan hätten. Daß die nach alternativen Lebensformen suchenden Teile der Jugend wichtigster Träger der Kernkraft- und Ökologiebewegung geworden sind, zeigt deutlich, daß die neuen Problemlagen vor allem in bezug auf eine andere Lebensweise der Menschen gesehen werden — sei es im symbolischen Protest gegen die über die Köpfe der Menschen hinweg planenden Institutionen Großtechnik und Staat, sei es durch Engagement in Bereichen unmittelbarer Betroffenheit, zu der es in einer Wachstumsgesellschaft fast unbegrenzte Anlässe gibt. Das Interesse an einer alternativen Lebensweise läßt sich gut in ökologischen Bezügen und Begründungen aktualisieren.

#### b) Anwendung auf politische Streitfragen

Es ist möglich, auf alte Themen mit dem neuen und auf neue Themen mit dem alten Paradigma zu antworten. Die Kommunikationsschwierigkeiten müßten gerade dort sichtbar werden, wo sich Vertreter der gegensätzlichen Paradigmen auf dasselbe Thema beziehen. Dabei zeigt sich, wie unterschiedliche paradigmatische Perspektiven zu ganz unterschiedlichen Behandlungsweisen derselben Themen führen. Es entspricht der Vorherrschaft des Wachstums- und Verteilungsparadigmas, daß die Probleme ziviler Kernkraftnutzung viele Jahre aus der politischen Diskussion ausgeklammert waren. Erst die Widerstandsbewegung gegen den Kernkraftwerkbau hat sie als Thema öffentlicher Debatte durchsetzen können.

Die Behandlung des Kernkraftthemas durch die „Traditionalisten“ läßt sich auf zwei Ansatzpunkte reduzieren. Zum einen wird der zügige Ausbau von Kernkraft als unerläßliche Voraussetzung weiteren ökonomischen Wachstum gesehen. Des weiteren wird den „technischen Problemen“ (des Betriebs, der Entsorgung) mit technologischem Optimismus begegnet. Etwa verbleibende Zweifel sollen durch Hinweise auf wesentlich höhere Risiken bei anderen Techniken ausgeräumt werden.

An das gleiche Thema gehen die Vertreter des Lebensweise-Paradigmas mit einer ganz anderen Sichtweise heran. Da weiteres industrielles Wachstum in den Industriestaaten vor allem aus ökologischen Gründen als problematisch angesehen wird, erscheint der Kampf ge-

gen Kernkraft als ein Mittel zur Begrenzung weiteren quantitativen, in seinem Inhalt unbestimmten Wachstums. Das Sicherheitsrisiko für die jetzige und für spätere Generationen wird als sehr hoch eingeschätzt (Entsorgung, Terrorismus, Betriebsunfälle etc.). Die freie Entfaltung vieler einzelner wird wegen der tief in die Bürgerrechte eingreifenden Sicherheitsmaßnahmen („Atomstaat“) als bedroht angesehen. Aus der Betonung von Über- und Durchschaubarkeit, basisnaher demokratischer Kontrolle, Eigenaktivität, Beziehung zum Alltagsleben ergibt sich die Forderung nach Dezentralisation der Energiegewinnung, so daß sich auch von hier ein Vorrang der Erschließung alternativer Energien ergibt.

Je nachdem, ob man von industriellem Wachstum und technischem Fortschritt des Systems als grundlegender Perspektive oder aber von den Auswirkungen dieser neuen Technologie auf die Lebensweise des Menschen (Gefährdung, Überwachung etc.) ausgeht, wird man sich auf unterschiedlichen Ebenen bewegen, zwischen denen Diskussionen meist mißlingen. Nehmen wir als Beispiel für die Anwendung der beiden Paradigmen auf „alte“ Probleme die im alten Paradigma im Vordergrund stehenden Verteilungsfragen. Die Vertreter des Verteilungsparadigmas sind besonders an ökonomischem Wachstum interessiert, weil sie glauben, nur aus den Zuwachsraten die gesellschaftlichen Gruppen befriedigen und das politische System legitimieren zu können. Auch die sich z. T. auf der Basis des Verteilungsparadigmas gründenden linken Gruppen (Gewerkschaften, SPD) haben erhebliche Schwierigkeiten, sich auf einschneidende umverteilende Strategien umzustellen, was bei stagnierender Wirtschaftsentwicklung die einzige Möglichkeit wäre, mehr (materielle) soziale Gerechtigkeit herzustellen.

Anhänger des neuen Paradigmas gehen auch an verteilungspolitische Fragen mit einer anderen Sichtweise heran. Einkommens- und Vermögensunterschiede werden als Stachel für das unaufhörliche Wachstum der Güterproduktion gesehen; mit der Angleichung der materiellen Verhältnisse könne eine wichtige Triebkraft des Wachstums abgebaut werden. In der Perspektive eines zu reduzierenden Wachstums wird die bisher vorherrschende Forderung nach Verteilung des Zuwachses



verdrängt durch die Forderung nach Umverteilung. Wer für Angleichung der Lebenschancen eintritt, kann immer weniger auf morgen verträsten, wo für den einzelnen — dank dem Wirtschaftswachstum — das gleiche Konsummodell möglich sein soll, mit dem die höhere soziale Schicht schon heute lebt. Die Begründung für Umverteilungsstrategien kann — eher traditionalistisch — in Gesichtspunkten der Systemstabilität („Wiederaufbrechen von Klassenkämpfen“) liegen. Sie kann aber auch von der Lebensweise her begründet werden. Dann wird darauf abgestellt, daß die Lebensweise der höheren Einkommenschichten (d. h. auch der oberen Mittelschicht von Lehrern, Technikern, Freiberuflern, Wissenschaftlern etc.) von der materiellen Seite her im wesentlichen bereits alles Notwendige umfaßt, so daß der Verbesserung der materiellen Lebensverhältnisse der unteren Sozialschichten als Voraussetzung einer autonom gestalteten Lebensweise erste Priorität gehört.

Ein weiterer Gesichtspunkt ist, daß die unteren Sozialschichten von den Folgen industrieller Entwicklung (Gesundheitsschäden, Verkehrsbelästigung, Umweltzerstörung etc.) stärker betroffen sind als die höheren Sozialschichten. Bei stagnierender Wirtschaft kann nur Umverteilung ihre Lebensweise in dieser Hinsicht verbessern.

In diesen Zusammenhang gehört natürlich auch die mit neuen Perspektiven geführte Sozialstaatsdebatte. Der dem kapitalistischen Wachstum unter- und nachgeordnete Wohlfahrtsstaat, der auf die Erbringung kompensatorischer Sozialleistungen vor allem durch Regulierung quantitativer Größen spezialisiert ist, stößt heute auf Grenzen seiner Leistungsfähigkeit. Gründe dafür liegen u. a. in der — vielfach verursachten — Kontraproduktivität der Apparate (Illich), in der Ressourcenverknappung aufgrund verlangsamten Wachstums, in der Zunahme der durch die forcierte industriegesellschaftliche Entwicklung geschaffenen sozialen Probleme etc.

Johano Strasser<sup>14)</sup>, der diese Zusammenhänge eingehend analysiert hat, formuliert die sich heute stellende „soziale Frage ... als die Frage nach alternativen Formen des Zusammenle-

<sup>14)</sup> Johano Strasser, Grenzen des Sozialstaats. Soziale Sicherung in der Wachstumskrise, Köln 1979, S. 81 und 112 ff.

bens der Menschen, nach der Möglichkeit sozialer Existenz jenseits von Kapitalismus und Wachstumsfetischismus“. Aus der Kritik an der herkömmlichen Sozialpolitik, „daß bestimmte soziale Probleme oder bestimmte Aspekte sozialer Probleme systematisch... ausgeblendet werden“, leitet er die Forderung ab, das Konzept der sozialen Sicherheit so zu erweitern, „daß der Mensch mit allen Seiten seiner sozialen Existenz darin seinen Platz hat“.

Diese neue Politikdimensionen aufnehmende Debatte über den Wohlfahrtsstaat eignet sich m. E. sehr gut, um die gegensätzlichen Perspektiven einer am quantitativen Wachstum und an Verteilungsfragen orientierten Politik einerseits und einer an den Bedürfnissen der Menschen nach Geborgenheit, Kommunikation, Beteiligung etc. orientierten Sozialpolitik andererseits zu verdeutlichen.

### „Links“ und „Rechts“ im neuen Paradigma

Ein kurzer Blick auf die sozialen Bewegungen und politischen Gruppierungen, die in der Bundesrepublik und den westlichen Demokratien an der Erarbeitung des neuen Paradigmas mitwirken, zeigt, daß hier ein recht breites politisches Spektrum einbezogen ist, dennoch der Schwerpunkt auf Positionen von Links bis Mitte-Links liegt. Je mehr das Verteilungsparadigma an Überzeugungskraft und Realisierbarkeit verliert, desto stärker werden auch Vertreter konservativer Tendenzen sich an das Lebensweiseparadigma beziehen.

Es fällt heute noch schwer, sich ein voll entfaltetes Richtungsspektrum auf der Grundlage des neuen Paradigmas im einzelnen auszumalen. Daß es möglich ist, ergibt sich schon daraus, daß die Bezugspunkte „menschliche Bedürfnisse“ und „ökologische Einordnung“ weiterer inhaltlicher Bestimmung bedürfen. Äußere, politisch relevante Wertalternativen (Herrschaft vs. Herrschaftsabbau, Ungleichheit vs. Gleichheit, Harmonie vs. Konflikt, restriktive vs. freiheitliche Sexualmoral etc.) werden im neuen paradigmatischen Kontext konkretisiert<sup>15)</sup>, politisch wichtig werden

<sup>15)</sup> Für Großbritannien anhand eines ökologischen Paradigmas analysiert von Steven Cotgrove, Environmentalism and Utopie, in: Sociological Review 24. Jg. (1976), S. 23ff., und die in Anmerkung 28 zitierten Arbeiten.

Wertperspektiven (Begrenzung, Gleichgewicht etc.) interpretiert.

Vielleicht ist es charakteristisch für die Phase der Entstehung eines neuen Paradigmas, daß die Mitbringsel aus dem alten ideologischen Zusammenhang noch sehr deutlich sind (vgl.

zum Beispiel Wolfgang Harich, André Gorz, Erhard Eppler). Häufig ist aber die Verständigungsmöglichkeit auf der Grundlage des neuen Paradigmas bei allen richtungspolitischen Divergenzen größer als in der alten ideologischen Heimat.

### III. Erklärung des Paradigmenwandels

#### Methodische Vorüberlegungen

Im folgenden wird der Versuch gemacht, einen Ansatz zur Erklärung des Paradigmenwandels zu entwickeln. Dabei beschränken wir uns auf den aktuell stattfindenden allmählichen Übergang vom Verteilungs- zum Lebensweiseparadigma, bemühen uns also nicht von vornherein um eine generalisierte Erklärung für den Paradigmenwandel<sup>16)</sup>.

Bei der Erklärung spezifischer politischer Wandlungsphänomene treten nicht selten charakteristische methodische Fehler auf. So wird immer wieder versucht, ein begrenztes Phänomen unmittelbar durch globale Theorien zu „erklären“. Protestbewegungen werden beispielsweise als Ausfluß von Strukturen postindustrieller Gesellschaft oder der Krise der Modernität oder der Entwicklung zur Freizeitgesellschaft dargestellt. Häufig sind es aber spezifische einzelne Faktoren (aus einem globaleren Erklärungszusammenhang), die für den Wandel unmittelbar relevant sind. Geht man auf sie ein, wird ein Teil der unterschiedlichen Ausprägung besser erklärbar. Darüber hinaus bleiben die von Land zu Land unterschiedlichen Vermittlungsfaktoren häufig unberücksichtigt. So kommt es, daß die Ansätze nicht spezifisch genug sind, um die Unterschiede in Intensität, Zeitpunkt und Geschwindigkeit der Wandlungsvorgänge erklären zu können.

Die Öffnung gegenüber dem Lebensweiseparadigma ist in den westeuropäischen Staaten

sehr unterschiedlich entwickelt. Von Schweden und den Niederlanden, die hier am weitesten vorangegangen sind, über die Bundesrepublik, in der die Auseinandersetzung zwischen den beiden Paradigmen vehement ist, bis zu Frankreich, das noch in sehr traditioneller Weise zwischen Herrschafts- und Verteilungsparadigma schwankt, bestehen so erhebliche Unterschiede, daß die Anwendung von Begriffen wie „Verzögerung“, „Verspätung“ oder der „Ungleichzeitigkeit“ zwar als möglich erscheint, zur Erklärung aber nichts beiträgt.

Aus diesen Überlegungen ergibt sich, daß die Bestimmung spezifischer Faktoren (die in einem globalen Kontext wirksam sind) und die Herausarbeitung der Vermittlungsstrukturen methodische Postulate für einen Erklärungsversuch sind.

Eine zweite Überlegung zum methodischen Vorgehen sei noch angeführt: Auf welcher Untersuchungsebene soll die Aufmerksamkeit sich vor allem richten? Ändert sich die allgemeine Politiksticht stärker durch die Erfahrung von Politikern mit den Aufgaben und Problemen, die sich ihnen im staatlichen Funktionsbereich „aufdrängen“, oder stärker durch Signale, die sie aus der Gesellschaft über sich wandelnde Bedürfnisse und Werte empfangen? Nun ist es sicherlich zutreffend, davon auszugehen, daß beiden, sowohl dem Aufgaben- wie dem Wertwandel, Widersprüche gesamtgesellschaftlicher Entwicklung zugrunde liegen. Und es ist wohl auch anzunehmen, daß Parteien bei der Übernahme eines neuen Paradigmas sich von der konkreten Konstellation in der Wechselbeziehung zwischen beiden Faktoren leiten lassen. Allerdings kann einer der beiden Wirkungsbereiche eine Vorreiterrolle spielen — wie dies beim Übergang zum Lebensweiseparadigma tatsächlich dem Wertwandel zuzuschreiben ist.

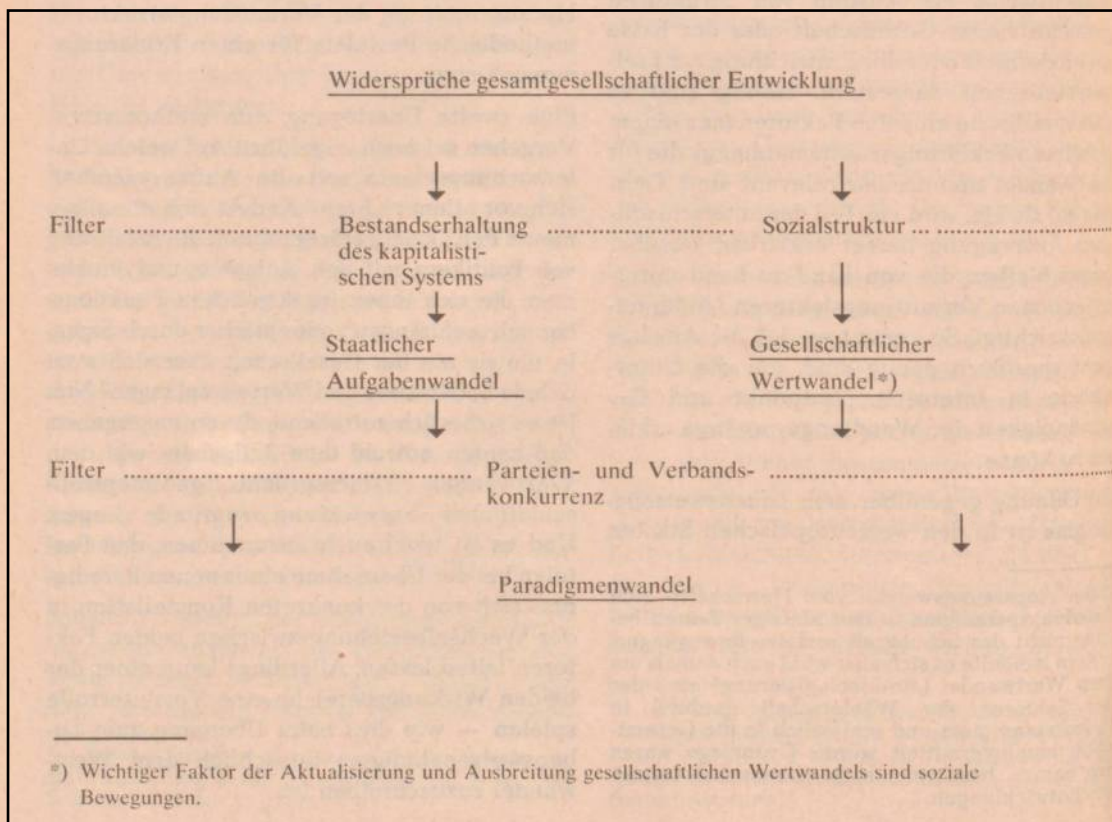
<sup>16)</sup> Der Anpassungswandel vom Herrschafts- zum Verteilungsparadigma in den fünfziger Jahren bedurfte nicht der Schubkraft sozialer Bewegungen. Im Kern handelte es sich aber wohl auch damals um einen Wertwandel („Entideologisierung“ etc.), der über Sektoren der Wählerschaft graduell in das Parteiensystem und schließlich in die Gesamtpolitik hineinvermittelt wurde. Grundlage waren auch damals bestimmte sozio-ökonomisch-technische Entwicklungen.

So war die Entscheidung für die friedliche Nutzung der Kernkraft in der Bundesrepublik parlamentarisch-administrativ längst entschieden und der Bau von Kernkraftwerken weit fortgeschritten, bevor die Kernkraftfrage politisch zum Problem und zu einem Kristallisationspunkt bei der Entfaltung des neuen Paradigmas wurde. Die Umweltzerstörung glaubte das politisch-administrative System mit der Industrialisierung von Umweltschutz, die Ressourcenverknappung durch Preispolitik und Substitutionsstrategien bekämpfen zu können. Dies waren zwar neue Themen, die Perspektive ihrer Behandlung blieb aber traditionell. Ein Anstoß zu einer neuen Sicht von Politik ging nicht von diesen Themen aus, sondern von einer auf Wertwandel sich gründenden neuen Sichtweise, in der diese (und andere) Themen dann allerdings auch ein neues Gewicht erhielten.

Die im einzelnen festzustellenden Widersprüche in der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung sind also notwendige, aber nicht hinreichende Bedingungen für einen Paradigmenwandel. Um die allgemeine Politik-

sicht zu verändern, müssen sie — sowohl bei der Vermittlung über den Aufgaben- wie über den Wertwandel — zwei Filter durchlaufen: Die wesentlichen staatlichen Aufgaben bestimmen sich a) nach zentralen Auswahlkriterien, die letztlich auf Bestandserhaltung des kapitalistischen Systems bezogen sind, und b) nach Nutzenkalkülen im Rahmen der Parteien- und Verbandskonkurrenz<sup>17)</sup>. Gesellschaftliche Widersprüche, die sich in einem Wertwandel niederschlagen, teilen sich bestimmten sozialstrukturellen Gruppen schneller und stärker mit als anderen. Aktualisierung und Ausbreitung werden durch die im jeweiligen Land wirkenden sozialen Bewegungen stark beeinflusst. Der Druck der sozialen Bewegungen und der darüber hinaus sich ausbreitende Wertwandel setzen sich aber nur dann in Paradigmenwandel um, wenn und soweit es gelingt, den Filter der Nutzenkalküle im Rahmen der Parteien- und Verbandskonkurrenz zu durchlaufen.

<sup>17)</sup> Vgl. dazu Manfred Schmidt, Die „Politik der Inneren Reformen“ in der Bundesrepublik Deutschland 1969—1976, in: PVS, 19. Jg. (1978), S. 201 ff.



## Widersprüche gesamtgesellschaftlicher Entwicklung

Es lassen sich derzeit zwei Krisentypen unterscheiden: die Wachstumskrise und die Krise industrieller Zivilisation. Verwirrung entsteht dadurch, daß diese beiden Krisen sich seit einigen Jahren überlagern. Jede dieser Krisen führt zu spezifischen Reaktionen; es ist wichtig, sie auseinanderzuhalten. Steuerprotest und Ökologieprotest treten zwar gleichzeitig auf, sie sind aber nicht Reaktionen auf die gleichen gesellschaftlichen Krisenzustände. Der Steuerprotest ist eine Reaktion auf die Wachstums- und die daraus unmittelbar folgende Sozialstaatskrise. Seine Hauptwurzel liegt in der individuellen materiellen Besitzstandswahrung. Der Ökologieprotest ist dagegen eine Reaktion auf die Krise der industriellen Zivilisation, dem das noch stattfindende industrielle Wachstum bereits zuviel ist. Seine primären Motive liegen außerhalb von Wachstums- und Verteilungsgesichtspunkten.

Die Wachstumskrise führt in erster Linie zu Reaktionen von Vertretern des Wachstums- und Verteilungsparadigmas. Sozialdemokratische, z. T. auch liberale Parteien und die sozialstaatlich orientierten Teile aus dem konservativ-bürgerlichen Bereich halten am Wachstums- und Wohlfahrtskonzept fest, wie es sich vor allem in den fünfziger und sechziger Jahren bewährt hat. Sie bemühen sich hinsichtlich des Wachstums um staatliche Reaktivierungsstrategien (z. B. auf den Weltmarkt zugeschnittene Technologiepolitik) und hinsichtlich des Wohlfahrtsstaates um Sicherungsstrategien (durch Wachstum, begrenzte Reduktion von Ansprüchen, Verminderung bestimmter Leistungen). Ihr zentrales Motiv bleibt nach wie vor die Entschärfung gesellschaftlicher Konflikte durch Wachstum.

Dieser „sozialdemokratische Konsensus“ (Dahrendorf) wird unter deutlicher Bezugnahme auf die Wachstumskrise von der „neuen Rechten“<sup>18)</sup> in Frage gestellt bzw. angegriffen. Ein

<sup>18)</sup> Hier als ein sehr breiter und eher ungenauer Sammelbegriff verstanden. Problematisch ist hierbei aber auch das Attribut „neu“, da es sich überwiegend um eine Wiederbelebung traditioneller rechtskonservativer Denkmuster, Argumente und Forderungen handelt.

Hauptmotiv ist die Ablehnung von „Krisenopfern“ durch die höheren Sozialschichten. Gefordert wird der Abbau staatlicher Wachstums- und Vollbeschäftigungsverpflichtungen bei Betonung der kapitalistischen Grundstruktur — in der Konsequenz sollen in erster Linie die privaten Produktionsmittelbesitzer über die Wachstumsrate bestimmen. Gesellschaftspolitisch wird die Richtung eines Abbaus des Sozialstaates eingeschlagen. Steuerprotest und Reprivatisierungsforderungen verschiedenster Art sind die wichtigsten Umverteilungsstrategien. Sie sollen abgesichert werden durch Law-and-order-Strategien einerseits und durch Versuche zur Wiederbelebung traditioneller Werte (Fleiß, Pflichtbewußtsein, Disziplin etc.) andererseits. Politisch-wissenschaftlich korrespondieren einem solchen Programm der Zurückstufung des Sozialstaats Unregierbarkeitstheoreme<sup>19)</sup>, durch die der Staat von zu hohen materiellen Ansprüchen und zu weitgehenden Partizipationswünschen entlastet werden soll — bei Strafe seines Scheiterns.

Die verschiedenen sozialen Bewegungen, die an der Hervorbringung des neuen Paradigmas gearbeitet haben bzw. arbeiten, entstanden auf sehr unterschiedlichem konjunkturellen Hintergrund; keine dieser Bewegungen ist objektiv oder vom Selbstverständnis her Produkt einer Wirtschaftskrise. Sowohl Wachstum als auch reduziertes Wachstum (verbunden mit Arbeitslosigkeit) sind für die Fundamentalopposition Argumente gegen die industrielle Zivilisation.

Vor allem der Denkhorizont der Studentenbewegung der sechziger Jahre war geprägt durch die Annahme einer prosperierenden Industriegesellschaft (z. B. Marcuses Argumentation mit der Prämisse einer „Überflußgesellschaft“). Sie war wesentlich eine „kulturrevolutionäre“ Reaktion auf ein verabsolutiertes Wachstums- und Konsumdenken.

<sup>19)</sup> Vgl. Suzanne Berger, *Politics and Antipolitics in Western Europe in the Seventies*, in: *Daedalus*, Winter 1979, S. 27 ff.; Claus Offe, „Unregierbarkeit“. Zur Renaissance konservativer Krisentheorien, in: Jürgen Habermas (Hg.), *Stichworte zur „Geistigen Situation der Zeit“*, Frankfurt 1979, Bd. 1, S. 294 ff.; Franz Lehner, *Grenzen des Regierens. Eine Studie zur Regierungsproblematik hochindustrialisierter Demokratien*, Königstein 1979.

Die Arbeitslosigkeit der siebziger Jahre ist der Ökologie- und Alternativbewegung nur ein zusätzliches Argument für die abnehmende Gesamteffizienz des Systems. Dessen immanente Logik (Produktivitätsfortschritte) führe eben langfristig — zusammen mit anderen Faktoren — dazu, daß bestimmte soziale Gruppen aus dem Arbeitsprozeß herausfallen. In der Protestbewegung ist der Glaube sowohl an die Möglichkeit wie an die Nützlichkeit und den Sinn eines kontinuierlichen Wirtschaftswachstums nachhaltig erschüttert. Die Doppelpoligkeit der Argumentation erlaubt eine kritische Reaktion auf beide Systemzustände: Wachstum und Stagnation plus Arbeitslosigkeit.

Die Krise erreicht heute das System nicht dort, wo bisher die Hauptkonflikte stattfanden: auf der Herrschafts- und Verteilungsebene, sondern dort, wo sie am wenigstens erwartet wurde: im System industrieller Zivilisation. In unterschiedlichen Bewegungen und zu unterschiedlichen Zeitpunkten treten dabei unterschiedliche Dimensionen der industriellen Wachstumsgesellschaft in den Vordergrund. War es in den sechziger Jahren vor allem die Forcierung der Konsum- und Leistungsgesellschaft, so waren es in den siebziger Jahren die Dimensionen der Umweltzerstörung und unkontrollierbarer Großtechnik, die den Protest nährten.

„Industrielle Zivilisation“ ist als ein System mit bestimmten Strukturen, einer spezifischen Rationalität und einem korrespondierenden Wertesystem zu verstehen. Sie ist angelegt auf Massenproduktion, die zur Steigerung des Ertrages einer permanenten Rationalisierung unterworfen und in zunehmend größeren Betriebseinheiten (mit der entsprechenden Bürokratisierung) erstellt wird. Dabei sind Spezialisierung und Zentralisierung grundlegende Merkmale, die ursprünglich zusammenhängende Arbeits- und Lebensbeziehungen des einzelnen immer stärker auseinanderreißen. In diesem Sinne werden dann immer mehr Gesellschaftsbereiche und Lebensaspekte „industrialisiert“ (z. B. Kultur, Kindererziehung, Alter, Sexualität). Die vorherrschende Rationalität ist auf die Erreichung des Ziels individueller und betrieblicher Nutzensteigerung bezogen. Ein solches System ist angewiesen auf die Verbreitung von Werten wie

Fleiß, Leistung Disziplin, aber auch auf eine große Bereitschaft zum Konsum industriell gefertigter Produkte und Dienstleistungen.

Die Probleme zeigen sich im kapitalistischen Industriesystem früher als im sozialistischen, weil es technisch weiter fortgeschritten ist und weil es in höherem Maße die Artikulation gesellschaftlich-politischer Unzufriedenheit erlaubt, sie sind aber prinzipiell in diesem Zivilisationstyp sehr ähnlich. Sowohl „Kapitalismus“ wie „Industriesystem“ ließen und lassen Variationen zu; wo sie fest zusammengewachsen sind, ungehindert die Dynamik der gesellschaftlichen Entwicklung bestimmen und eine bestimmte Schwelle überschreiten, nähren sie — analog zu Widerständen in der Entstehungszeit<sup>20)</sup> — Einstellungen, die von tiefer Skepsis bis zum sozialen und politischen Protest reichen.

Diese Krise läßt sich in drei Dimensionen beschreiben<sup>21)</sup>, die von besonderer Bedeutung für Einstellungsveränderungen erscheinen:

*1. Zunehmende Selbstdestruktivität.* Das kapitalistische Industriesystem treibt aus sich heraus, d. h. aufgrund der in seinen Strukturen angelegten Expansion, in den Bereich der Selbsterstörung. Grenzen werden erkennbar, die

<sup>20)</sup> Besonders interessant ist in diesem Zusammenhang ein Vergleich zwischen der aktuellen Alternativbewegung und jener Lebensreformbewegung, die sich in Reaktion auf die forcierte Industrialisierung im deutschen Kaiserreich entwickelte. Vgl. dazu u. a. Wolfgang R. Krabbe, Gesellschaftsveränderung durch Lebensreform. Strukturmerkmale einer sozialreformerischen Bewegung im Deutschland der Industrialisierungsperiode, Göttingen 1974, und Janos Frecot, Die Lebensreformbewegung, in: Das wilhelminische Bildungsbürgertum. Zur Sozialgeschichte seiner Ideen, hrsg. von Klaus Vondung, Göttingen 1976. Dabei zeigen sich zwischen „früher“ und „später“ Alternativbewegung — ohne wichtige Unterschiede verwischen zu wollen — verblüffende Ähnlichkeiten, denen in einer eigenen Arbeit nachgegangen werden soll. Die Geschichte des Industriesystems wäre unter der Fragestellung verschütteter Bedürfnisse und deren Artikulation in Protest und Alternative sowohl für den bürgerlichen wie für den Arbeiterbereich zu betrachten.

<sup>21)</sup> Um aus der breiten Literatur nur ein paar Titel herauszugreifen: Carl Amery, Natur als Politik. Die ökologische Chance des Menschen, Reinbek 1976; Charles H. Anderson, The Sociology of Survival. Social Problems of Growth, Homewood, Illinois 1976; André Gorz, Ökologie und Politik. Beiträge zur Wachstumskrise, Reinbek 1977; Ivan Illich, Selbstbegrenzung. Eine politische Kritik der Technik, Reinbek 1975; ders., Fortschrittsmythen, Reinbek 1978; Martin Jänicke (Hg.), Umweltpolitik, Opladen 1978; Otto Ullrich, Weltneue. In der Sackgasse des Industriesystems, Berlin 1979.

Fragen des Überlebens von Mensch, Gesellschaft und Natur aufwerfen.

— Zerstörung der Natur als einer Grundlage menschlichen Lebens. Dazu gehören vor allem die Ausbeutung aller „Naturschätze“ (Rohstoffe, Erdöl etc.) und die Zerstörung der natürlichen Umwelt (z. B. durch die „Industrialisierung des Raumes“, durch Raubbau des landwirtschaftlich genutzten Bodens, durch Industriefolgen wie Abwärme, Abfälle etc.).

— Zunahme psychisch-sozialer Selbstzerstörung. Sie drückt sich aus in Phänomenen wie Kriminalität, Selbstmord, psychosomatischen und Zivilisationskrankheiten etc.

— Anwachsen des militärischen Vernichtungspotentials mit der zunehmenden Gefahr, in einer Konfliktsituation die Kontrolle darüber zu verlieren. Inzwischen gilt das öffentliche Erwägen von Kriegen zur Sicherung von Voraussetzungen der industriellen Zivilisation (Energiefrage) in einigen Industriestaaten nicht mehr als moralisch anstößig.

— Speziell der Nord-Süd-Konflikt entwickelt eine Dynamik, die durch Hunger(tod), Armut, Krankheit etc. und weltweite Verteilungskämpfe unter Einschluß von Kriegen Gefahren der Selbstzerstörung großer Teile der Menschheit enthält.

2. *Abnehmende Gesamteffizienz.* Gemeint ist damit das wachsende Mißverhältnis zwischen Kosten und Nutzen, wenn man bereit ist, alle für das Individuum und die Gesellschaft (nicht nur für den Betrieb) anfallenden Kosten zu berücksichtigen und man auch den Nutzen umfassend und real bestimmt, d. h. unter Reflexion auf nicht nur ökonomisch definierte menschliche Bedürfnisse und im Hinblick auf die tatsächliche Realisierung. Unter abnehmender Gesamteffizienz soll hier also verstanden werden, daß in einem System bei einer „Gesamtbilanzierung“ die Gesamtkosten größer sind als der Gesamtnutzen, wobei die Tendenz in Richtung steigender Kosten bei sinkendem Nutzen geht.

Einzubeziehen in eine solche „Verrechnung“ wären die psychischen, physischen, sozialen und ökologischen Kosten für den einzelnen und die Gesellschaft. Die kapitalistische Industriegesellschaft durchdringt immer stärker mit den ihr eigenen Formen ökonomischer,

wissenschaftlich-technischer und bürokratischer Rationalität die gesamte Gesellschaft, verformt dabei Mensch und Gesellschaft in einer Weise, die als Sieg der Mittel über den Zweck (Erleichterung des materiellen Lebens) erfahrbar ist. Nur als (lediglich illustrative) Stichworte für die in der einschlägigen Literatur breite Aufarbeitung der Kosten:

— Arbeit wird instrumentalisiert und von den Möglichkeiten menschlicher Selbstverwirklichung abgelöst,

— Freizeit wird durch Konsum geprägt,

— Sozialbeziehungen (Zugehörigkeit, Kommunikation etc.) veröden,

— individuelle Ausdrucksmöglichkeiten (Gefühle, Spontaneität, Kunstfertigkeiten etc.) verarmen,

— Identitätsbildung vieler Menschen scheitert.

Kritik der Konsum- und Leistungsgesellschaft, Soziale Indikatorenbewegung und die öffentliche Diskussion über Lebensqualität haben hier zu einer Erweiterung des Problembewußtseins beigetragen, ohne die eine „Gesamtbilanzierung“ nicht möglich wäre.

Viele dieser Kosten entstehen in einem dynamischen und fortgeschrittenen Industriesystem notwendigerweise. Ohne strukturelle Eingriffe können sie — etwa durch weitere technisch-ökonomische Fortschritte — nicht behoben werden. Ihre Systembekämpfung erfordert immer mehr Mittel, was im Systemzusammenhang als (Wachstums-)„Fortschritt“ begrüßt wird. Das Wachstum kapitalistischer Industriegesellschaften läßt sich inzwischen sogar in erheblichem Maße auf die ökonomische Verwertung seiner Schwächen zurückführen (z. B. Umweltzerstörung, Krankheit, Kriminalität<sup>22</sup>). Aber auch auf seiten des „Nutzens“ der industriell erzeugten Güter sind eher Rückschritte zu verzeichnen. Um nur zwei Phänomene herauszuheben:

— Nach einer gewissen materiellen Grundausstattung fehlt es an technischen Innovationen, die — bezogen auf menschliche Bedürf-

<sup>22</sup>) Martin Jänicke, Wie das Industriesystem von seinen Mißständen profitiert, Opladen 1979.

nisse — über unmittelbare Evidenz verfügen. Die Überflüssigkeit des Überflusses nimmt zu.

— Die nach Erreichung einer materiellen Grundausstattung begehrten Güter bringen — bei starker Verbreitung — für den einzelnen immer weniger Nutzen. Damit tun sich soziale Grenzen des Wachstums auf<sup>23)</sup>.

*3. Abnehmende Lösungskompetenz.* Das Vertrauen, daß die Problemlösungsfähigkeit so rasch wächst wie die Produktion industriegesellschaftlicher Probleme, ist erschüttert. Bisher war — alles in allem — für die industrielle Entwicklung charakteristisch, daß aus der Entwicklung resultierende Probleme durch wissenschaftlich-technische Innovation gelöst wurden. Nun fehlen solche Lösungen oder es erscheinen denkbare Lösungen als sozial oder ökologisch problematisch, zum Beispiel für die Probleme der

— Arbeitslosigkeit aufgrund der Einführung von Mikroprozessoren,

— Sozialschädlichkeit potentieller Wachstumsbranchen (z. B. neue Medien),

— Gefährlichkeit neuer Technologien (z. B. Kernkraft oder Chemie),

— Umweltzerstörung, die durch die Industrialisierung des Umweltschutzes nicht aufgehalten, sondern allenfalls in Teilaspekten gemildert werden kann.

In diesem Zusammenhang ist die empirisch feststellbare zunehmende Skepsis gegenüber dem „technischen Fortschritt“ zu sehen.

### Wertwandel

Die objektiven Tendenzen zunehmender Selbstdestruktivität, abnehmender Gesamteffizienz und sich verringernder Lösungskompetenz fördern den Zweifel an der Struktur des Industriesystems und den Zerfall des ihm korrespondierenden Wertsystems. Die Strukturkrise erklärt zu einem guten Teil die Wertkrise. Wenn der für viele sinngebende „Fortschritt“ des westlichen Industriesystems ent-

weder nicht mehr möglich oder — in alteren Bahnen — nicht mehr wünschenswert ist, verlieren auch die Werte ihre Berechtigung, die diesen Fortschritt durch quantitatives Wachstum ermöglicht haben. Die Mehrung kaufbarer Güter (einschließlich Dienstleistungen) und die darauf bezogenen Arbeits- und Konsum-„Tugenden“ verlieren ihren Sinn, wenn sie zu Destruktion und „erfolglosem Handeln“ führen.

Empirische Untersuchungen für die Bundesrepublik<sup>24)</sup> machen deutlich, daß das Wertesystem, das die ökonomische Expansionsphase der fünfziger und sechziger Jahre getragen hat, abbröckelt. Die Zeitreiheninterpretationen von Kmiecik legen dabei ein Konzept nahe, bei dem Pionier- bzw. Initiativgruppen eine Vorreiterrolle spielen, mit zeitlicher Verzögerung und in geringerer Intensität aber relevante Teile der Gesamtbevölkerung nachziehen — ein wichtiger Hinweis darauf, daß es sich nicht nur um sektorale Veränderungen handelt. An Bedeutung verlieren u. a.:

— Arbeitstugenden wie Fleiß, Disziplin, rollenspezifische Ein- und Unterordnung,

— Erwerbstreben, gerichtet vor allem auf hohe Einkommen und daran gekoppelte Konsummöglichkeiten,

— Aufstiegsstreben, z. T. zur Befriedigung von Einkommens- und Konsuminteressen, z. T. aber auch als Selbstzweck,

— Interesse an Statusdifferenzierungen,

— Fixierungen von Geschlechtsrollen, was vor allem zu einem Umdenken über die gesellschaftliche Rolle der Frau führt,

— traditionelle Erziehungsvorstellungen und -praktiken, die die Sozialisation von Arbeitstugenden für die Tätigkeit in hierarchischen Organisationen betonen.

Wertwandel heißt zunächst Auflösung des dominierenden Wertsystems (Wertkrise); hier sind die Konturen heute deutlicher erkennbar als bei der Entstehung eines alternativen neuen Wertsystems. Auch in diesem Zusammenhang bewährt sich der Ansatz, Wandel aus gesellschaftlichen Widersprüchen zu er-

<sup>23)</sup> Vgl. Fred Hirsch, *Social Limits to Growth*, London 1977.

<sup>24)</sup> Vgl. u. a. Kmiecik, a. a. O.; Helmut Klages, Peter Kmiecik (Hg.), *Wertwandel und gesellschaftlicher Wandel*, Frankfurt 1979; Elisabeth Noelle-Neumann, *Werden wir alle Proletarier? Wertewandel unserer Gesellschaft*, Zürich 1978.

klären. Werte stehen nicht außerhalb des Kontexts von Herrschafts- und Interessenkonflikten. Ihre Bildung und ihr Verfall sind zwar nicht gesellschaftlich determiniert, sie vollziehen sich aber immer in Wechselwirkung zu solchen Konflikten und unter dem Einfluß relevanter Interpretationsinstanzen<sup>25)</sup>.

Dieser Konfliktansatz steht im Gegensatz zur Postmaterialismus-Theorie von Inglehart<sup>26)</sup>, dem einflußreichsten Erklärungsversuch für den heute politisch relevanten Wertewandel. Inglehart orientiert sich an einem Evolutionsmodell, das postmaterialistische Orientierungen als quasi automatisches Ergebnis fortgeschrittener ökonomischer Entwicklung erscheinen läßt. Inglehart geht — um dies in drei Sätzen zu sagen — von einer Werthierarchie aus, an deren Basis Werte materieller und physischer Sicherheit stehen („materialistisch“) und deren höhere Bereiche durch Werte sozialer Zugehörigkeit, der Partizipation und der Selbstverwirklichung gekennzeichnet sind („postmaterialistisch“). Menschen, dies die zweite Prämisse, werden durch ihre Erfahrungen im Jugendalter in ihrer Werthaltung dauerhaft geprägt. Eine Gesellschaft, in der Fragen der materiellen und physischen Sicherheit im Vordergrund stehen, bringt Menschen einer „materialistischen“ Werthaltung hervor, wohingegen eine Gesellschaft, in der diese Probleme weitgehend gelöst sind (gemeint sind die westlichen „Überflußgesellschaften“), „postmaterialistische“ Werthaltungen entstehen läßt.

Die von Inglehart ausgewerteten Daten zeigen, daß in den jüngeren Generationen in der Tat postmaterialistische Orientierungen stärker ausgeprägt sind als bei den älteren Generationen. Empirisch wird hier offensichtlich etwas eingefangen, was von Bedeutung für den Paradigmenwandel ist, was aber noch keine angemessene Erklärung gefunden hat und deshalb auch keine tauglichen Prognosen

hergeben kann. Inglehart arbeitet mit einem ökonomischen Determinismus<sup>27)</sup>, bei dem der gesellschaftlich vielfältig vermittelte Charakter der Wertentwicklung unbeachtet bleibt. Der Gedanke, daß der „Postmaterialismus“ eines Teils der jungen Generation nicht harmonisch auf dem Wohlstand „aufbaut“, sondern sich aus dem Ungenügen am „Materialismus“ der Wohlstandsgesellschaft erklären läßt, wird nicht erwogen. Liegt nicht — im Gegensatz zu Ingleharts Überfluß-Hypothese — eine Defizit-Hypothese nahe: daß sich in postmaterialistischen Forderungen Bedürfnisse und Werte ausdrücken, die in der fortgeschrittenen industriegesellschaftlichen Entwicklung zu kurz kommen? Verweist darauf nicht auch schon der historische Kontext, da das quantitativ relevante Ansteigen postmaterialistischer Orientierungen in die zweite Hälfte der sechziger Jahre fällt, d. h. in die Zeit der Studentenbewegungen? Und spricht dafür nicht auch der vergleichende Aspekt, da der Anteil postmaterialistischer Orientierungen doch offenbar stark korreliert mit der Ausprägung und Intensität der Studentenbewegung im jeweiligen Land (eine von Inglehart ungeprüfte These, die aber naheliegt, wenn man die Bedeutung von Interpretationsinstanzen, wie z. B. sozialen Bewegungen, betont).

Es gibt noch weitere Erklärungsschwächen beim Inglehartschen Ansatz:

— So bleibt unerklärlich, warum nur ein im Grunde kleiner Teil der im Wohlstand Sozialisierten postmaterialistische Wertorientierungen zeigt und — für den evolutionären Ansatz noch kritischer — der prozentuale Anteil dieser Postmaterialisten über einen längeren Zeitraum gleichgeblieben ist, obwohl er sich doch hätte ausweiten müssen.

— Inglehart kann weder theoretisch noch empirisch den Punkt bestimmen, an dem die Menschen materiell saturiert sind bzw. sich entsprechend fühlen. Diese Schwelle ist auch nicht objektiv zu bestimmen, da sie von der Entwicklung der Bedürfnisse beeinflusst wird, die wiederum gesellschaftlicher Interpretation unterliegen (braucht man ein Auto, einen Farbfernseher etc., um sich den höheren Wer-

<sup>27)</sup> Z. B. werden auch Variationen in der Ausprägung von Postmaterialismus zwischen den verschiedenen Ländern auf unterschiedliche ökonomische Entwicklungen dieser Staaten zurückgeführt.

<sup>25)</sup> Vgl. Peter L. Berger, Thomas Luckmann, Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit, Frankfurt 1974.

<sup>26)</sup> Ronald Inglehart, The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles Among Western Publics, Princeton 1977; als deutschsprachige Zusammenfassung ders., Wertewandel in den westlichen Gesellschaften: Politische Konsequenzen von materialistischen und postmaterialistischen Prioritäten, in: Klages, Kmiecik, a. a. O., S. 279ff.



ten zuzuwenden, oder geht es auch schon ohne sie?).

— Inglehart setzt unbegründet ein hierarchisches Modell mit zwei Ebenen (materialistische/postmaterialistische Werte) einem historischen Zwei-Phasen-Modell (erst materialistische, dann postmaterialistische Werte) gleich. Damit wird er historisch weder älteren Bedürfnislagen noch dem Inhalt der „alten Politik“ gerecht. Sinnfragen waren historisch schon lange vor der Erreichung eines höheren Standards an physischer und ökonomischer Sicherheit politisch relevant; soziale Zugehörigkeitsbedürfnisse wurden durch sprachlich-ethnische Konflikte Themen von Politik etc.

— So unklar die obere und die zeitliche Grenze für den „Materialismusbereich“, so diffus und heterogen ist Postmaterialismus als Restkategorie für — fast alles! Partizipatorische, expressive, ökologische, religiöse etc. Werte bleiben undifferenziert. Postmaterialismus war aber 1970 etwas anderes als er 1980 ist.

Die Strukturkrise, so die hier vertretene These, verursacht die Wertkrise. Beide sind notwendige, aber nicht hinreichende Bedingungen für einen Werthorizont breiter sozialer Schichten — und nur insofern interessiert Wertwandel im Rahmen eines gesamtgesellschaftlichen Untersuchungsansatzes. Die Krise des Industriesystems und der Zerfall des Wertsystems sind prinzipiell von allen Gesellschaftsmitgliedern erfahrbar. Diese prinzipielle Betroffenheit aller (der Massen wie der Eliten) stellt einen wichtigen Grund dar für die Möglichkeit einer allmählichen Ausbreitung des neuen politischen Paradigmas. Vorangetrieben werden die Interpretation des Wertwandels und die Artikulation des neuen politischen Paradigmas allerdings durch kleinere soziale Gruppen. Die Sozialstruktur ist ein Filter zwischen Strukturkrise und Wertwandel, die soziale Bewegung eine relevante Interpretationsinstanz, die aktiv einen Weg aus der Wertkrise zu einem neuen Werthorizont weist.

Welche sozialen Gruppen sind aufgrund ihrer sozioökonomischen Voraussetzungen besonders disponiert für eine z. T. durchaus stellvertretende Verarbeitung der Wertkrise? Versteht man die Ökologieparteien als Protagoni-

sten des neuen Paradigmas, so können die Sozialstruktur ihrer Wähler und Sympathisanten Hinweise auf das Initiativpotential geben. Sehr grob lassen sich zwei Gruppen unterscheiden:

a) Angehörige aller sozialen Schichten, z. T. auch mit ausgeprägt traditionellem Wertesystem (z. B. Landwirte, Gewerbetreibende) sofern sie von Zerstörungen des Industriesystems unmittelbar und nachhaltig berührt sind (Autobahn- oder Flughafenbau, Industriean siedlung etc.).

b) Angehörige von Berufsgruppen, die durch Interesse und Sozialisation nicht unmittelbar an das Marktsystem gebunden sind. Damit sind die Vorbereitung auf und die Tätigkeit in Berufen gemeint, die — meist im Rahmen des öffentlichen Dienstes — Humandienstleistungen erbringen (Sozialarbeiter, Pädagogen, Wissenschaftler vor allem der Geistes- und Sozialwissenschaften, Ärzte des öffentlichen Sektors, Künstler, Architekten, Theologen etc.). Menschen aus diesen Bereichen sind für die Verbreitung des neuen Paradigmas von besonderer Bedeutung.

Die Berufsfunktion hat, so der bisherige Eindruck, die höchste Erklärungskraft. Cotgrove und Duff<sup>28)</sup> erklärten damit — auch in Abgrenzung zur Wohlstandshypothese von Inglehart — den Unterschied zwischen den sozialen Trägern von „environmentalism“ und „industrialism“. Die dominierenden Werte sind stärker dort verankert, wo Menschen beruflich mit der Planung, Produktion und Verteilung von Gütern befaßt sind, die auf Märkten angeboten werden. Wo die Arbeit sich dagegen auf andere Menschen in nicht marktmäßigen Beziehungen orientiert, ist der einzelne mit der sozialen, physischen und intellektuellen Vermittlung gesamtgesellschaftlicher Widersprüche und nicht zuletzt mit der „Sinnfrage“ konfrontiert. Die Verbreiterung (dieser Teile) des tertiären Sektors vergrößert die Zahl der Menschen, deren Beruf nicht in der Verfolgung materieller Ziele besteht und die so auch durch ihre Berufsarbeit sensibler sind für die Grenzen des Industriesystems bei der Befrie-

<sup>28)</sup> Vgl. Stephen Cotgrove, Andrew Duff, Environmentalism, Class and Politics; dies., Environmentalism, Middle Class Radicalism and Politics, unveröff. Papiere, University of Bath.

digung nicht-materieller Bedürfnisse. Daneben — und z. T. natürlich auch im Zusammenhang damit — ist die Verlängerung der Ausbildungszeit für viele von eigenständiger Bedeutung; sie schafft die psychischen und intellektuellen Voraussetzungen für die kritische Auseinandersetzung mit den Widersprüchen des herrschenden und für den Aufbau eines alternativen Wertsystems<sup>29)</sup>.

Das Hervortreten einer spezifischen sozialen Gruppe als Träger neuer Wertorientierungen führt zu zwei unterschiedlichen Interpretationen:

— Im Zuge einer Ausdifferenzierung der Sozialstruktur bildet sich ein soziales Segment mit spezifischen, nicht verallgemeinerungsfähigen Werten und Interessen<sup>30)</sup>.

— Die Zivilisations- und Wertkrise des Systems erfaßt prinzipiell alle Gesellschaftsmitglieder, aktualisiert sich aber schwerpunktmäßig bei jenen in einer Neuorientierung, die durch Sozialisation und Beruf dazu disponiert sind.

Unsere bisherige Argumentation läuft auf eine Unterstützung der zweiten Position hinaus.

Der neue, alternative Werthorizont, der mit den sich wandelnden objektiven Bedingungen besser vereinbar erscheint als mit dem dominanten Wertsystem, ist zwar in Umrissen erkennbar<sup>31)</sup> und auch gut vereinbar mit dem Lebensweiseparadigma, der Ausgang der aktuellen Wertkrise ist aber nicht voraussagbar. Abgesehen von dem im Wortsinne restaurativen Versuch, alte, überholte Wertordnungen durch Druck, Zwang und moralische Einschüchterung wiederherzustellen, gibt es zwei Strategien in der Wertkrise:

— Wiederanpassung von Werten an stattgefundenen gesellschaftlichen Wandel ohne In-

fragestellung grundlegender Werte und Strukturen<sup>32)</sup>.

— Entfaltung neuer Werte, die neue Strukturen schaffen<sup>33)</sup>. Auch hierbei geht es allerdings nicht um die Umwertung aller Werte, sondern eher um die Änderung der Präferenz- und Rangordnung von Werten<sup>34)</sup>.

Soziale Bewegungen haben gerade für den Wertwandel eine hervorragende Bedeutung. Sie dramatisieren und systematisieren die Defizite des bestehenden Systems und das heißt auch: sie unterminieren — über die unmittelbare Erfahrung der Betroffenen hinaus — das herrschende Wertsystem. Dies gilt vor allem auch für die Erweiterung der Bewertungsmaßstäbe, die dann zu einer negativen Gesamtbilanz führt. Gleichzeitig entfalten soziale Bewegungen einen neuen, alternativen Werthorizont. Dies geschieht durch konzeptuelle Aktivitäten, vor allem aber durch das vorgelebte Beispiel.

Dies leitet über zu der Frage, von welchen Vermittlungsbedingungen die Ausbreitung des neuen Paradigmas abhängt.

### Organisierte Vermittlung: Parteien- und Verbandssystem

Das Parteien- und Verbandssystem ist der Filter, der darüber entscheidet, was an gesell-

<sup>32)</sup> Eine solche Strategie legt Löwenthal nahe, der eine „reformatorische Neuordnung der Normen und Institutionen auf der Grundlage der westlichen Werte, aber auf dem Niveau der heutigen Bedingungen im Großen“ empfiehlt. Richard Löwenthal, *Jenseits des Kapitalismus. Ein Beitrag zur sozialistischen Neuorientierung*. Mit einer ausführlichen Einführung: Nach 30 Jahren, Berlin/Bonn-Bad Godesberg 1977, S. XLVI. Jetzt ausführlicher, aber mit der gleichen Grundposition in: Richard Löwenthal, *Gesellschaftswandel und Kulturkrise. Zukunftsprobleme der westlichen Demokratien*, Frankfurt 1979. Bei der globalen Anpassungs- und Erhaltungsstrategie bleibt unklar, daß die stärkste Kritik der Protestbewegung sich auf die dem ökonomischen System zugrunde liegenden Werte richtet (Arbeitshypertrophie, Leistungsdruck, materielles Belohnungssystem, Wachstumszwang etc.), im Bereich immaterieller Werte aber durch die Industrialisierung verschüttete Bedürfnisse reaktiviert werden (kommunikative, ästhetische, „ganzheitliche“ Bedürfnisse) und politische Werte wie Meinungsfreiheit, Partizipation etc. radikalisiert, nicht abgeschafft werden sollen.

<sup>33)</sup> Vgl. z. B. Oldemeyer, a. a. O.; Hartmut Bossel, *Bürgerinitiativen entwerfen die Zukunft*, Frankfurt 1978; Robert Jungk, *Der Jahrtausendmensch*, Reinbek 1976.

<sup>34)</sup> Vgl. dazu den Aufsatz von Oldemeyer, a. a. O.

<sup>29)</sup> Vgl. Rainer Döbert, Gertrud Nunner-Winkler, *Adoleszenzkrise und Identitätsbildung. Psychische und soziale Aspekte des Jugendalters in modernen Gesellschaften*, Frankfurt 1979<sup>2</sup>.

<sup>30)</sup> Vgl. Lehner, a. a. O., und ders., *Die „Stille Revolution“: Zur Theorie und Realität des Wertwandels in nochindustrialisierten Gesellschaften*, in: Klages, Kmieciak, a. a. O., S. 317 ff.

<sup>31)</sup> Vgl. Ernst Oldemeyer, *Zum Problem der Umwertung von Werten*, in: Klages, Kmieciak, a. a. O., S. 597 ff.

schaftlichen Werten und Orientierungen Einfluß auf den politischen Entscheidungsprozeß erhält. Beschränken wir uns bei diesen unvollständigen Bemerkungen auf das Parteiensystem, das unmittelbar dem staatlichen Entscheidungssystem vorgeschaltet ist und sich in einer grundlegenden Übereinstimmung mit dem etablierten Verbandssystem zu halten sucht. Wie wird die Durchsetzung eines neuen Paradigmas durch die Struktur des Parteiensystems beeinflusst?

Zwei Prämissen sind zu vergegenwärtigen:

a) Parteihandeln ist wesentlich durch Nutzenkalküle bestimmt. Parteien werden Sichtweisen und Themen des neuen Paradigmas nur dann aufgreifen, wenn dadurch ihre machtpolitische Strategie gefördert wird. Im Bereich öffentlicher Auseinandersetzung geht es dabei vor allem um Wählerstimmen. Verspricht die Vertretung neuer Tendenzen einen Vorteil bei der Wählerwerbung, ist sie wahrscheinlich.

b) Parteihandeln reagiert überwiegend nicht direkt auf sozialen Wandel, sondern auf dessen organisatorische Vermittlung unter dem Aspekt der Parteienkonkurrenz. Nicht Vermutungen über gesamtgesellschaftlichen Wertwandel und kaum der direkte Eindruck von sozialen Bewegungen beeinflussen die Reaktionen. Vielmehr sind es eigene Wählerverluste bei vorangehenden Wahlen (auch auf unteren Ebenen) oder zu befürchtende Wählerverluste, sei es durch das Auftauchen von

Konkurrenzparteien im unmittelbaren sozialen Einzugsfeld der Partei oder durch den Zielwandel einer etablierten Konkurrenzpartei mit gleichen Zielgruppen.

Von solchen Prämissen aus kann man den tatsächlich stattfindenden Paradigmenwandel besser erklären als von der Parteiideologie her. Zwar gibt es eine größere Affinität zwischen dem Lebensweiseparadigma und Parteien der Linken und linken Mitte, aber verschiedentlich öffnen sich auch „bürgerliche“ Parteien dieser Sichtweise; im übrigen sind auch die erheblichen Differenzen zwischen den Parteien der Linken und linken Mitte nicht durch den Faktor Ideologie zu erklären.

Auf dieser Grundlage lassen sich die für einen Paradigmenwandel günstigen von den dafür weniger günstigen Parteiensystemen unterscheiden. Ausdifferenzierte, weniger konzentrierte Parteiensysteme fördern die Entfaltung des neuen Paradigmas. Diese These wurde bereits einer ersten empirischen Überprüfung unterzogen, die hier nicht wiederholt werden soll<sup>35</sup>).

Da nicht alle Parteien in gleicher Weise auf gesamtgesellschaftlichen Wandel reagieren, sondern durch den Filter von Nutzenkalkülen auf Veränderungen in ihrem unmittelbaren Einzugsfeld, ergibt sich daraus auch ein allmählicher, vielstufiger Prozeß der Ausbreitung des neuen Paradigmas — ein Prozeß mit einer sehr langen Zeitperspektive.

#### IV. Ausblick

Der hier vorgelegte Versuch kann mißverstanden werden: als Ideologiebildung, die sich die Realität, von der sie spricht, erst zu erzwingen versucht, oder als Vorschlag für eine wirkungsvolle politische Semantik, da mit dem Signum „Lebensweise“ sich manche Politik besser verkaufen läßt. Der Anspruch ist dagegen, empirisch beobachtbare Tendenzen zu systematisieren und — über das Paradigma-konzept — als eine mögliche Entwicklungslinie zu generalisieren. Ein solcher Ansatz findet seine wesentliche Stütze wohl weniger in unterschiedlich ausdeutbaren Veränderungen an der politischen Oberfläche als in den ge-

gesellschaftlich-ökonomischen Entwicklungen, die eine Abwendung vom herrschenden Wachstums- und Verteilungsparadigma nahelegen, und in den empirisch feststellbaren Tendenzen des Wertwandels — Faktoren, deren Durchschlagen auf den politischen Prozeß eine Frage der Zeit und der Modalitäten politischer Strukturen in den verschiedenen westlichen Ländern ist.

Heilbronner setzte bis zu 50 Jahren als mittleren, bis zu 100 Jahren als langfristigen Zeitraum für grundlegendere Neuorientierungen

<sup>35</sup>) Vgl. Murphy u. a., a. a. O.

an<sup>26)</sup>. Solche Zeitangaben bleiben notwendig spekulativ, da es keine historischen Analogien zu einem derart fundamentalen Struktur- und Orientierungswandel in einem hochkomplexen Gesellschaftssystem gibt.

Die in der gegenwärtigen Alternativbewegung (im weitesten Sinne) stattfindende Aktualisierung dessen, was mit dem Ende der Studentenrevolte der sechziger Jahre von vielen totgesagt war, sollte skeptisch machen gegenüber zu kurzfristigen Beurteilungen, die nur das Wellenspiel an der politischen Oberfläche im Auge haben. So könnten z. B. auch die kurzfristigen Wirkungen der Afghanistan-Krise zu der Annahme verführen, die „Brot- und-Butter-Fragen“ (heute besser: die „Rohstoff- und-Öl-Fragen“) und der Ost-West-Konflikt als Sicherheitsproblem hätten mit einem Schlage alles verdrängt, was sich an neuem Bewußtsein in der öffentlichen Debatte bereits herausgebildet hat. Dies mag kurzfristig so sein, längerfristig ist aber die Einsicht in die auch weltpolitischen Risiken, die mit der unmodifizierten Aufrechterhaltung des industriegesellschaftlichen Entwicklungsweges verbunden sind, wohl kaum aufzuhalten und wird deshalb zu verstärkten Bemühungen führen, die Gefahr von Krisen durch strukturelle Eingriffe im eigenen Land zu vermindern.

Unter dem Vermittlungsaspekt seien am Schluß drei Faktoren herausgehoben, die einer sowohl raschen wie eindeutigen Durchsetzung des neuen Paradigmas im Wege stehen könnten:

<sup>26)</sup> Robert L. Heilbrunner, Die Zukunft der Menschheit, Frankfurt 1976.

— Die stark asymmetrische Verteilung der neuen Werte und Orientierungen (überproportional bei der Linken und der Mitte) erhöht die Wahrscheinlichkeit einer längeren Konfrontation zwischen den Vertretern der beiden Paradigmen, d. h. eine Verfestigung des alten Paradigmas und Zurückhaltung bei den Führern des politischen Lagers, in dem sich das Lebensweiseparadigma entfaltet (so etwa die heutige Situation in der Bundesrepublik).

— Die Bewegung für ein neues Paradigma wird durch Konzessionen geschwächt, die die Strukturen nicht berühren (z. B. ein bißchen staatliche Dezentralisation oder viele Fahrradwege neben weiteren Autobahnen). Vor allem aber werden wohl die Möglichkeiten symbolischer Instrumentalisierung des Lebensweiseparadigmas voll ausgeschöpft werden („Politik für den Menschen“).

— Das Herrschafts- und Verteilungsparadigma gründet auf Gruppenkonflikten, das Lebensweiseparadigma vielfach auf Individualkonflikten (letztlich muß jeder Mensch eine Vorstellung über die seinen Bedürfnissen entsprechende Lebensweise entwickeln). So besteht die Gefahr der Ausblendung von Organisations-, Macht- und Herrschaftsfragen aus dem Lebensweiseparadigma. Der sich verbreitende Wertwandel glaubt sich in einem gewissen Widerspruch zu dessen organisatorischer Vermittlung — anders als bei der Arbeiterbewegung, bei der die Organisationen wesentlich zur Ausbreitung von Wertwandel beitragen.

Das Gefühl, schon durch ein anderes Leben die Gesellschaft zu verändern, ist nicht falsch, es ist aber nur die halbe Wahrheit.

## Rolf Meyer / Günter Handlögten: Die Grünen vor der Wahl

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 36/80, S. 3—21

Mit ihrer Teilnahme an der Bundestagswahl im Oktober dieses Jahres stehen die Grünen als Partei vor einer entscheidenden Prüfung. Nach ersten erfolgreichen Bemühungen auf kommunaler Ebene und den spektakulären Wahlergebnissen in den Ländern Bremen und Baden-Württemberg haben sich die Grünen mit der Europa-Wahl im Juni 1979, der Vereinigungskonferenz von Offenbach (Oktober 1979), dem Gründungskongreß von Karlsruhe (Januar 1980), dem Programmparteitag von Saarbrücken (März 1980), der Bundesversammlung von Dortmund im Juni 1980 sowie der Vorlage eines Bundesprogramms und einer Wahlplattform innerhalb eines Jahres auf die überregionale, die bundesweite Ebene begeben.

Diese Aktivitäten haben die junge Bewegung/Partei jedoch nicht zu einem „einheitlichen Ganzen“ zusammenschmieden können; im Gegenteil: noch fehlt *die* Integrationsfigur — beziehungsweise wurde sie in der Person Herbert Gruhls nicht angenommen. So verfolgt die bundesrepublikanische Öffentlichkeit eher mit einer gewissen Distanz die Auseinandersetzungen der verschiedenen „grünen“ und „bunten“ Positionen auf den Parteitag; und die Medien neigen eher dazu, das publizitätswirksamere Geschehen um die Grünen herum, nämlich die Ein- und Austritte Prominenter oder exotische Vorgänge am Rande, genüßlich zu beschreiben.

Daher wird bald vergessen oder bleibt unbekannt, welche Strömungen ihren Weg in die Bundespartei genommen haben und wie die Programmaussagen der Parteiväter und -mütter waren. Mehr noch verhindern Vor-Urteile, sich genauer mit den Vorstellungen und programmatischen Aussagen der Grünen vertraut zu machen und auseinanderzusetzen. Den häufig geäußerten Vorwurf gegenüber den Grünen, sie seien eine „Ein-Punkt-Partei“, haben sie mittlerweile pariert und dabei den Spieß schlicht umgedreht: Es seien die etablierten Parteien von rechts bis links allesamt Ein-Punkt-Programm-Parteien, weil sie jeden Gesellschaftsbereich auf den Punkt „Wirtschaftliches Wachstum“ hin orientieren würden.

Noch führen die Grünen einen Mehrfrontenkampf: Zum einen suchen sie ihren Platz in einer von etablierten Parteien besetzten Parteienlandschaft; des weiteren ringen sie innerhalb ihrer Reihen um die Einheit der Partei. Zum anderen ist es ein Kampf ums Überleben bzw. um die Anerkennung und das Ansehen in der Bevölkerung, die sich weitestgehend von dem Erreichen der 5%-Linie bei Wahlen in ihrem Urteil bestimmen läßt.

## Joachim Raschke: Politik und Wertwandel in den westlichen Demokratien

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 36/80, S. 23—45

In Politik und Wissenschaft ist der Eindruck verbreitet, wir lebten in einer historischen Umbruchphase. Grundlegende Zweifel an der gesellschaftlichen Entwicklung, Politisierung bisher „unpolitischer“ Probleme, Entstehung systemrelevanter sozialer Bewegungen außerhalb der Institutionen — dies alles führt zu einem neuen Begriff davon, was als „Politik“ gilt.

Der vorliegende Aufsatz unternimmt den Versuch, zu bestimmen, worin „das Neue“ besteht und schlägt eine Erklärung für den stattfindenden sozialen und politischen Wandel vor. Dabei wird von einem Begriff des „politischen Paradigmas“ ausgegangen, der die in einem System dominante allgemeinste Sichtweise dessen bezeichnet, was primär als Gegenstand und Aufgabe von Politik gilt. Dazu ist es jedoch notwendig, die Verschiedenheit der Ideologien und die Vielfalt inhaltlicher Aussagen hinter diesen allgemeinsten Elementen der Politik zurücktreten zu lassen.

In einer größeren historischen Perspektive werden für die vergangenen hundert Jahre politisierter Öffentlichkeit in Westeuropa drei politische Paradigmen unterschieden: das Herrschafts-, das Verteilungs- und das Lebensweiseparadigma. In der Bundesrepublik setzte sich im Laufe der fünfziger Jahre das Verteilungsparadigma gegenüber dem Herrschaftsparadigma durch; seit einigen Jahren wird dieses Verteilungsparadigma durch das sich in Umrissen abzeichnende Lebensweiseparadigma relativiert. Die inhaltliche Bestimmung der drei Paradigmen bildet den einen Schwerpunkt dieser Arbeit.

Im zweiten Hauptteil wird nach den Ursachen für den Übergang vom Verteilungs- zum Lebensweiseparadigma gefragt. Nicht staatlicher Aufgabewandel, sondern gesellschaftlicher Wertwandel erscheint als direkte Ursache für die Veränderung der Politik. Der Wertwandel kann seinerseits erklärt werden durch Widersprüche in der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung, die den Zerfall des dominanten Wertsystems vorantreiben und vor allem sozialen Bewegungen die Chance zur Ausbreitung einer neuen Wertordnung geben. Erst wenn die „Nutzenkalküle“ des Parteien- und Verbandssystems einbezogen werden, lassen sich die realen Ausbreitungsmöglichkeiten des Lebensweiseparadigmas und damit die Durchsetzung einer „neuen Politik“ genauer bestimmen.